

# Der Wert-Arbeiter

**Vereinzelte seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!**

## Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 M., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 II  
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 M., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm's, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Auflage: 116000 Exemplare

### Inhalt:

Für unsere Qualen (Gedicht). — Sturm im christlichen Lager. — Wie Arbeiter sich selbst boykottieren. — Wirtschaftliche Erfolge der Gewerkschaften im Jahre 1907. — Keine Ruhe im Seidengeschäft. — Der sogenannte Mittelstand in Witten. — Verbandstag der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. — Alte und neue christliche Proben aus Schreppheim. — „Christliches“ aus Biersen. — Der Herr Ehrenpräsident der christlichen Gewerkschaften in Mülhausen in Elsf. — Betrübe Lohgerber. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Von der Agitation. — Soziales. — Vereinsgesellschaften. — Gerichtliches. — Berichte aus Fachkreisen. — Verichtigung. — Briefkasten. — Bekannmachungen. — Totenliste. — Streifkaltasfel. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton: Fachgewerbliche Rundschau.

christlichen, wie auch der katholischen und evangelischen Gewerkschaft antretend. Die Ursache zu dieser Zersplitterung war folgendes Rundschreiben der Bischöfe, welches im Jahre 1906 erlassen worden war. Es lautete:

„Mehrere Male ist in der letzten Zeit in katholischen Zeitungen und Zeitschriften darüber geschrieben worden, ob es nicht auch für Niederland wünschenswert wäre, keine katholischen, sondern christliche Fachvereinigungen aufzurichten, bezw. die bestehenden katholischen Vereinigungen in christliche umzuwandeln. Es hat sich herausgestellt, daß für Letztere unter den Katholiken Niederlands Propaganda gemacht wird. Die Bischöfe von Niederland haben geglaubt, hiergegen öffentlich aufzutreten zu müssen — was sie hiermit tun —, mit der Erklärung, daß es ihr ernstes und ausdrücklich Verlangen ist, die ihnen unterstellten Katholiken zu vereinigen und vereinigt zu halten in katholischen Organisationen, weil — einerseits — allein in diesen die katholischen Grundzüge zu ihrem vollen Recht kommen können und — andererseits — ein Zusammenarbeiten mit anderen Vereinigungen für bestimmte, wünschenswert erachtete Ziele — sofern die katholischen Grundzüge dies zulassen — weder unmöglich gemacht noch erschwert wird.“

Da in Deutschland dieselben Bestrebungen in Bewegung sind, so nahmen verschiedene Vertreter der christlichen Gewerkschaften Deutschlands die Gelegenheit beim Schopfe, um einmal den hochwürdigen Bischöfen einen ganz gehörigen Rüssel zu erteilen. Herr Giesberts meinte, die Kirche könne die Verantwortung für die Interessenkämpfe der Arbeiter nicht übernehmen und müsse sich deshalb eines Einspruchs in die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter enthalten. Noch deutlicher winkte Herr Schiffer den bischöflichen Zersplitterern der Arbeiterorganisationen ab. Er erklärte die christlichen Gewerkschaften für reine wirtschaftliche Unternehmungen, denen gegenüber den Bischöfen kein Nachwort zustehe. Man kann sich denken, daß diese Rundgebungen, wenn sie auch mit dem eigenen Verhalten der Leute, welche diese Rundgebung zum Ausdruck brachten, in direktem Widerspruch stehen, in den wälschlandigen Kreisen der Zentrumsmatadore einen Sturm der Entrüstung ausgelöst haben. Die Herren Schiffer und Giesberts können froh sein, daß heute die Kirche nicht mehr die Macht zur Grausamkeit hat, wie sie im Mittelalter besaß, sie dürften wohl dann schon längst wegen dieser Auflehnung gegen die bischöfliche Autorität als vom Teufel Besessene bezeichnet und auf einem Scheiterhaufen geschmort worden sein. Denn in den streng orthodoxen Kreisen der katholischen Dunkelmannen läßt sich ja ein größeres Verbrechen wie das, sich gegen die Autorität der Kirchenfürsten aufzulehnen, gar nicht ausdenken. Die katholische Kirche kann doch ihre Macht über das Volk nur solange behaupten, solange es ihr möglich ist, im Volke die Ansicht aufrechtzuerhalten, daß alles, was ein Geistlicher sagt, unbedenken und unabwehrbar als die Wahrheit hingenommen werden muß. Wenn man aber kommt und den Bischöfen sogar vorhält, daß sie gar kein Recht und auch gar keine Macht haben, in gewisse Bestrebungen der Arbeiter etwas hineinzureden, so ist das, nach Ansicht jener Dunkelmannen, so ungefähr das Revolutionierendste, was sich denken läßt. Denn in der Tat würde es in dem Augenblick, wo sich allgemein der Grundsatz Bahn bricht, daß die Kirche in die Interessenkämpfe der Arbeiter nichts mehr hineinzureden hat, mit der Macht der Kirche vorüber sein. Denn die Macht der Kirche gründet sich ja gerade darauf, daß sie eben überall hineinreden kann, und zwar ohne hemmenden Widerspruch zu finden, entscheidend hineinreden kann: allerdings nur bei den Arbeitern. Die Unternehmer lassen sich von der Kirche von Anfang an nichts in ihre Interessenvertretung hineinreden. Es fällt auch keinem Vertreter der Kirche ein, von den deutschen Unternehmern zu verlangen, sie sollen sich zur Vertretung rein wirtschaftlicher Interessen katholisch oder evangelisch organisieren. Die Unternehmer haben nur eine wirtschaftliche Organisation, gleichviel, ob sie evangelisch, katholisch oder jüdisch sind. Nur bei den Arbeitern soll diesem Ausfluß der gesunden Vernunft nicht Rechnung getragen werden. Und wir sehen, daß die Herren Giesberts und Schiffer, welche sich dagegen verwahren, daß die Kirche etwas in die Interessenvertretung der Arbeiter hineinrede, es sind, welche dadurch, daß sie für die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der gesamten Arbeiterschaft nicht dieselben Grundsätze walten lassen, die bei den Unternehmerorganisationen vorwalten, sondern, daß sie verlangen, die Arbeiter sollen sich zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen nach ihrer religiösen Auffassung organisieren, die Interessen der Arbeiter ebenso schädigen, wie sie durch die weitere Zersplitterung der christlichen Organisationen in konfessionelle Vereine geschädigt werden. Wenn — was ohne Zweifel richtig ist — die Kirche die Verantwortung für die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter nicht übernehmen kann und sie deshalb sich auch, nach Herrn Giesberts Ansicht, eines Einspruchs in die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter zu enthalten hat, ja, warum verlangt denn Herr Giesberts, warum verlangen die Wortführer der Christlichen, daß sich die Arbeiter nicht auf rein wirtschaftlicher, sondern auf rein religiöser Grundlage organisieren sollen? Die christliche Religion kann ebenso wenig die Verantwortung für die wirtschaftlichen Interessenkämpfe übernehmen, wie sie die christliche Kirche übernehmen kann, und infolgedessen scheidet auch das christlich-religiöse Prinzip als Grundlage für eine Organisation, zur Erlangung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse, völlig aus. Solche Bestrebungen kann nur verfolgen, wer es mit der Vertretung der Arbeiter nicht ernst meint.

Die katholischen Facharbeiter, welche nimmehr nach jener Züricher Konferenz den christlichen Gewerkschaften die erbitterteste Feinde anknüpfen und sie auch betätigen, bleiben sich wenigstens konsequent, wenn sie Organisationen auf konfessioneller Grundlage verlangen; denn im Grunde genommen wollen die Personen, die

dort den Ton angeben, gar keine Organisationen zur Vertretung reiner Arbeiterinteressen. Höchstens wollen sie Organisationen, in denen nur sie und nicht die Arbeiter etwas zu sagen haben, und in denen man die Arbeiter am allerbequemsten von der Benutzung des Koalitionsrechtes abhalten kann. Die christlichen Gewerkschaftsführer aber bekämpfen auf der einen Seite ein Prinzip, welches sie auf der anderen Seite selbst betätigen. Es ist demnach auch nur ganz logisch, wenn der „Arbeiter“, das Organ der katholischen Fachabteilungen in Berlin, dem Herrn Giesberts entgegenhält, er bestimme demnach 1. daß die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften den Grundzügen des Christentums widersprechen, 2. daß also die christlichen Gewerkschaften gar keine christlichen Gewerkschaften sind, 3. daß selbstverständlich in solche Gewerkschaften kein Geistlicher, vor allen Dingen aber kein wahrhaft christlicher Arbeiter hineingehört. Herr Schiffer, der die christlichen Gewerkschaften für rein wirtschaftliche Unternehmungen erklärt, denen gegenüber den Bischöfen kein Nachwort zustehe, hält das Blatt entgegen:

„Seine anmaßenden Äußerungen beweisen nur, daß er nicht die geringste Ahnung von der sittlichen Würde und den Pflichten der Arbeit hat, die die Kompetenz des Episkopats in seiner doppelten Eigenschaft als gottgesetzter Lehrer undhirt der Christenheit in vollem Umfange begründet.“

In einer Zuschrift an den „Arbeiter“ wird die Mahnung an die katholischen Arbeiter gerichtet, weit ab von solchen Führern (Giesberts, Schiffer, Weber) zu rücken, „denn wir sind katholische Männer, und wir wissen auch, daß die Züricher Vorgänge auch in den Kreisen helle Entrüstung hervorgerufen haben, die in der Gewerkschaftsstage nicht auf unserem Standpunkte stehen“. Es gehört ein trauriger Mut für Leute dazu, die sich als Katholiken bezeichnen, den Ratgeber, Korrektor und Kritiker des hochwürdigen Episkopats zu spielen. „Eine solche Sprache in einer auch von Andersgläubigen besuchten Versammlung — das hat uns die Schamröte ins Gesicht getrieben. Nicht bloß die 120 000 Arbeiter unseres Verbandes, nein, mit uns protestieren hunderttausend andere katholische Arbeiter und Mitglieder anderer Stände gegen eine solche Sprache. Wir haben Priester in den letzten Tagen gesprochen, die wahrlich nicht in der Gewerkschaftsfrage mit uns übereinstimmen: sie waren in tiefster Seele entrüstet.“

Inzwischen zieht diese Angelegenheit immer weitere Kreise. In Köln fand am 26. August eine Versammlung der christlichen Gewerkschaften statt, welche sich mit der Züricher Konferenz beschäftigte. Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Herr Stegerwald, hatte das Mejerat übernommen, um das Kapitel der christlichen Gewerkschaften vor dem Ansturm der Glaubensgenossen aus dem Lager der Facharbeiter zu retten. Es ist zur Beurteilung des inneren Wertes der christlichen Gewerkschaften sowohl wie desjenigen der katholischen Facharbeiter nicht unwichtig, zu hören, was Herr Stegerwald über diesen Zerlegungsprozess im christlichen Lager berichtete. Herr Stegerwald führte, nach dem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“, im Anschluß an das oben abgedruckte Rundschreiben der niederländischen Bischöfe folgendes aus:

„In Zürich war der genaue Wortlaut des Rundschreibens nicht bekannt. Holländische Kollegen teilten uns mit, daß sich das Rundschreiben bloß gegen die Arbeiter richte. Das trifft nun seinem Wortlaute nach nicht zu, wohl aber in der Praxis. Es wurde veröffentlicht im Anschluß an eine Polemik wider die christlichen Gewerkschaften, und hat in seiner Wirkung nur die Arbeiter getroffen. Die holländischen Arbeitgeber haben keine katholischen Organisationen gebildet. In Holland schien den christlichen Gewerkschaften eine gute Zukunft beschieden zu sein. Seit obigem Rundschreiben befehlen sich die christlichen und die katholischen Gewerkschaften, und den praktischen Nutzen haben die sozialdemokratischen Organisationen. Alte, ergraute Arbeiter wurden vor die Alternative gestellt: entweder aus den christlichen Gewerkschaften oder aus den katholischen Arbeitervereinen auszutreten. Die meisten Betroffenen taten erbittert das Letztere und sagten: Wir können treue Katholiken sein ohne die Mitgliedschaft bei einem katholischen Arbeiterverein. (Sehr richtig!) Aber unsere wirtschaftlichen Interessen können wir nicht wirksam vertreten, ohne einer vernünftigen Gewerkschaft anzugehören. (Bravo!) Mit Rücksicht darauf ist von einem Kollegen das Wort geprägt worden: Bis hierher und nicht weiter. (Bravo!) Dann gingen die katholischen Gewerkschaften damit agitieren, daß katholische Bischöfe Deutschlands, die seinerzeit sich für christliche Gewerkschaften ausgesprochen, ihre Ansicht in der Zwischenzeit geändert hätten. Letzteres soll, wie mir in den letzten Tagen versichert wurde, unzutreffend sein. In Deutschland dagegen berufen sich die katholischen Fachabteilungen auf die holländische Rundgebung und suchen hinter verschlossenen Türen die christlichen Gewerkschaften zu verächtigen und zu denuncieren und die Herren Bischöfe einzeln in ausdringlicher Weise gegen die christlichen Gewerkschaften einzunehmen. (Hör! hör!) Wer die „Berliner“ Agitationsmethode kennt, kann sich vorstellen, wie die daber zu Werte gegangen wird. Gegen diese systematische Hintertreppenverkörperung sind wir wehrlos. Jahrelang haben wir ohne den ruhigen Mut zugesagt. Noch kurz vor der Züricher Konferenz hielt Herr Dechant Hansen in Taleyweiler ((Saarrevier) eine Rede gegen uns, die selbst nach dem Urteil von Fachabteilungsfreunden alles Dagewesene überbot. Diese Rede wurde auch noch gedruckt und massenhaft verbreitet. Wenn unsererseits, die wir nur über Elementarbildung verfügen, den Herren dann mit gleicher Münze heimgezahlt wird, berufen sie sich auf ihre Eigenschaft als katholische Priester und verdecken sich hinter der kirchlichen Autorität. (Sehr richtig!) Solche und Duzende weiterer Einzelheiten waren uns bekannt. Die gesprochenen Worte in Zürich finden nach dem Borgefallenen ihre Erklärung. Der Kampf zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen ist auf dem Siedepunkt angelangt. Die katholischen Fachabteilungen stehen vor der Ausichtslosigkeit

## für unsere Qualen.

Von Joseph Muns.

Sch ging mit dir durch alles Elends Tiefen,  
Geknechtet Volk, durch einen Pfuhl der Schmach;  
Die Stimmen hört' ich, die nach Freiheit riefen,  
Und meine Seele hallte zitternd nach:  
Mit uns das Volk, zur Freiheit, Freiheit!

Sch schlief mit dir in deiner Armut Stätten,  
In die kein Mondlicht mild verklärend scheint.  
All' deinen Jammer hab' ich durchgelitten,  
All' deine Tränen hab ich mitgemeint.  
Mit uns das Volk, zur Freiheit, Freiheit!

Sch front' wie du dem Sausen der Maschine,  
Im grauen Tagewerk voll Staub und Dunst;  
Mit deinen Töchtern, Söhnen ging ich, daß ich diene, —  
Um trocken Brot verkauft' ich Geist und Gunst!  
Mit uns das Volk, zur Freiheit, Freiheit!

Sch ballt' die Faust — und doch, das Joch zu tragen,  
Beugt' ich die Stirne vor des Schicksals Fluch.  
Und deine Zähne hört' ich knirschend schlagen,  
Und knirscht' mit dir ein troziges: Genug!  
Mit uns das Volk, zur Freiheit, Freiheit!

Genug des Knechtums und genug der Qualen!  
Der Gott des Jorns, den deine Sehnsucht träumt,  
Geht durch die Welt. — Und wenn aus seinen Schalen  
Der erste Tropfen brausend überschäumt —  
Mit uns das Volk, zur Freiheit, Freiheit!

Dann weh dem Bösen, der auf eh'ernen Achsen  
Das Feld zerstampft, von deinem Schweiß beträuft:  
Aus deinen Tränen wird die Sturmflut wachsen,  
Die seine goldne Herrlichkeit erfäuft!  
Mit uns das Volk, zur Freiheit, Freiheit!



## Sturm im christlichen Lager.

Die Helben aus dem christlichen Lager vom Schläge Don Quichottes, die im vorigen Jahre „einträchtlich“ auf dem sogenannten „Zweiten deutschen Arbeiterkongress“ in Berlin beieinander saßen, um sich von dem Hauptvertreter der Interessen der heftigsten Klassen, dem Staatssekretär v. Bethmann-Sollweg, ermahnen zu lassen, doch dafür zu sorgen, daß unter der deutschen Arbeiterschaft wieder die vier Grundpfeiler: Gerechtigkeit, Gerechtigkeit, Gerechtigkeit und Gerechtigkeit aufgerichtet würden, — diese Helben haben nun eine neue Probe ihres Windmühlkampfes gegen die gesunde Vernunft abgelegt, sind aber dabei einander mächtig in die Haare gefahren. Um den im Sumpfe stehenden Karren wieder etwas flottzumachen, hatten nämlich die Vertreter der christlichen Gewerkschaften eine internationale Konferenz nach Zürich einberufen. Der etwas rostig gemordene Schild, der seine Zugkraft völlig zu verlieren drohte, sollte dort einer gründlichen Reinigung unterzogen und mit einem neuen Firnis versehen werden. Dabei ergab es sich aber, daß an einzelnen Stellen die Persektion schon solche Fortschritte gemacht hatte, daß ganz radikale Reinigungsmittel angewandt werden mußten. Namentlich in Holland hatten die Bischöfe, die sich allerdings nicht nur dort, sondern auch bei uns nur als die Schwärzer der herrschenden Klassen betrachten, einen Feldzug gegen die christlichen Gewerkschaften unternommen und es auch dahin gebracht, daß die Organisation völlig zersprengt wurde. Auf der Konferenz in Zürich waren daher aus Holland Vertreter der interkonfessionell-



Ihrer Bewegung. Sie haben eben mit ihren Ideen Bankrott gemacht. (Sehr richtig!) Sie geben rund 120 000 Mitglieder an. In der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ wurde ihnen dagegen gerechnet, daß 1907 höchstens 74 000 ihre Beiträge bezahlt haben können. Davon dürften kaum die Hälfte industrielle Lohnarbeiter sein.

Die katholischen Fachabteilungen vereinnahmten in 1907 ganze 199 000 Mk. In dieser jammervollen Lage machen die Leiter der katholischen Fachabteilungen die bezweifeltesten Anstrengungen, um durch ein kirchliches Machtwort, wie es in einem ihrer Organe heißt, herauszukommen. So schnell läßt sich indes dieses nicht erzielen, schon der unabsehbare Folgen wegen nicht. Organisationen, wie den Berliner katholischen Fachabteilungen, würden gerade die strebsamsten katholischen Arbeiter nie beitreten. Selbst der Vertreter der katholischen Gewerkschaften Hollands, ein katholischer Geistlicher, hat in Zürich keine Organisationen dagegen bewahrt, daß sie mit den katholischen Fachabteilungen Deutschlands auf eine Stufe gestellt werden. Durch konfessionell gesplitterte Gewerkschaften werden — etwa 70 Proz. der deutschen Unternehmer sind Nichtkatholiken — die christlichen Arbeiter Deutschlands geradezu zur Dynamacht berufen. Auf evangelischer Seite besteht infolge des dort stärker ausgeprägten Individualismus und der vielerlei Spaltungen gar keine Aussicht zur Gründung leistungsfähiger konfessioneller Gewerkschaften. Die Durchführung konfessioneller Gewerkschaften hieße selbst die gläubigen evangelischen Arbeiter ins sozialdemokratische Lager treiben. Und dazu reißt weder der Umstand, daß wir uns gegenwärtig in einer materialistischen Zeitströmung befinden, noch die Tatsache, daß wir in Deutschland mit der stärksten und geschlossensten sozialdemokratischen Bewegung und mit den geschlossensten Unternehmerorganisationen der Welt zu rechnen haben. Letztere führen sich nicht um die eigenartige Idee der katholischen Fachabteilungen, sondern verhandeln nur mit Organisationen, die Massen hinter sich haben.

Wenn Herr Stegerwald nur für 5 Pfennige Logis besäße, so hätte er hinzusehen müssen, daß die Unternehmerorganisationen sich nicht nur nicht um die eigenartige Idee der katholischen Fachabteilungen, sondern ebenso wenig um die nicht minder eigenartige Idee der christlichen Gewerkschaften kümmern, sondern sich bei ihren Aktionen gegen die Arbeiter einfach von ihrem Interessenstandpunkt aus leiten lassen. Es ist den Unternehmern vollständig schnuppe, auf welcher Grundlage die Arbeiter organisiert sind. Sind sie auf christlicher Grundlage organisiert und sie unternehmen es, gegen die Ausbeutung und Interessen der Unternehmer Front zu machen, so werden sie von den allerchristlichsten und den allerkatholischsten Unternehmern in brutaler Weise niedergemüht. Das haben uns doch erst wieder vor einigen Wochen die Vorgänge in der Textilindustrie des Münsterlandes bewiesen. Und wenn auch Herr Stegerwald die Überzeugung hat, daß die Unternehmerorganisationen nur die Organisationen der Arbeiter respektieren, die die Massen hinter sich haben, so sollte er sich nicht hinstellen und dafür Stimmung machen, daß die Arbeiter in christliche und andere Organisationen getrennt werden, wodurch die Entwicklung von Organisationen, die Massen hinter sich haben, gehemmt wird.

Herr Stegerwald und die ganzen „christlichen“ Gewerkschaftsführer, die dort in Zürich versammelt waren, hätten sich dann auch den Aufseufzer der christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder sparen können. Sie würden dadurch nicht nur verhinbert haben, gegen ihre eigenen Argumente zu wüten, sondern auch verhinbert haben, vor aller Welt zu dokumentieren, daß sie von dem ganzen Wesen unserer privatkapitalistischen Produktionsweise und von den Grundübeln, die ihr anhaften und unter denen gerade jetzt, in den Zeiten der Krise, die Arbeiter ganz besonders leiden müssen, gar kein Verständnis haben. Wir werden uns demnachst einmal mit diesem Aufruf, obgleich er eigentlich fast nichts sagend ist, etwas näher beschäftigen und den Arbeitern zeigen, daß die christlichen Gewerkschaftsführer mit ihrer Theorie vollständig in der Luft hängen. Die Arbeiter, und ganz besonders die Textilarbeiter, mögen aber aus dem gegenwärtigen Streit im schwarzen und „christlichen“ Lager die Lehre ziehen, daß sie beiden Organisationen im weiten Bogen aus dem Wege gehen müssen und sich nur den freien Gewerkschaften anschließen können, die von allem Anfang an den Standpunkt eingenommen haben, daß die Zugehörigkeit zu einer wirtschaftlichen Organisation nur von der Zugehörigkeit zu dem Beruf, für den die Organisation gegründet worden ist, niemals aber von der Zugehörigkeit zu einer oder mehrerer religiöser Sekten oder irgendwelchen politischen Parteien abhängig gemacht werden darf. Diese Organisationen haben denn auch heute schon die Massen der deutschen Arbeiter hinter sich und sind auf dem besten Wege dazu, durch ihre numerische und finanzielle Macht die Gleichberechtigung der Lohnarbeiter im Arbeitsvertrage zu erringen.

### Wie Arbeiter sich selbst boykottieren.

Durch die ganze Unternehmerpresse und den dichten Mitterwäld der Amtsblattpresse — beide Arten sind ja so eng miteinander verwachsen wie die bekannten siamesischen Zwillinge es waren — und schlagen in derselben bewundernswerten Einmütigkeit auf die Arbeiter los, mit der sie die Unternehmer in Schutz nehmen, wenn es gilt, sie gegen Arbeiterforderungen zu verteidigen — ging in den letzten Tagen unter obigem Titel eine Notiz, die sich mit der Entstehung des seit Mitte Mai tobenden Kampfes der Spitzenweber der Zwidauer Firma Landmann u. Hellwig beschäftigte. Es heißt darin:

„... Unter den Arbeitern der Spitzenabteilung herrschte seit geraumer Zeit fortgesetzte Unruhe, die sich mehr und mehr steigerte und Zustände zeitigte, die auf die Dauer unhaltbar waren. Da, wie in den weitaus meisten Zweigen der Textilindustrie, so auch in der Spitzenbranche, das Geschäft seit Beginn des Jahres nahezu völlig ruhte, sah sich die Firma veranlaßt, ihre Spitzenabteilung Mitte Mai überhaupt stillzulegen. Zu diesem Schritt mag auch die Hoffnung mit bestimmt haben, die Arbeiter würden so am ehesten einsehen lernen, daß Zeiten, wie die jetzigen, nicht dazu angetan sind, vermeintliche Gegensätze zum Austrag zu bringen, sondern vielmehr ein enges Zusammengehen von Arbeitgebern und Arbeitern ratfam erscheinen lassen. Die Arbeiter, denen in Aussicht gestellt wurde, daß man sie bei eintretender Besserung der Lage wieder beschäftigen würde, nahmen die Kündigung anfangs ruhig auf und verließen am 16. Mai ohne weitere Zwischenfälle den Betrieb, hatten dann aber nichts Eiligeres zu tun, als die Fabrik mit Streikposten zu umstellen und gegen die Firma in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse sowie in Flugblättern und Versammlungen in der denkbar gehässigsten Weise vorzugehen. Dabei ließ man es an den unglaublichsten Entstellungen und Verdrehungen nicht fehlen, womit namentlich begewagt wurde, die Arbeiter der Gardinenabteilung ebenfalls zu aggressiven Maßnahmen zu bewegen. Dieser Veruch schlug indessen vollkommen fehl, die Ruhe wurde in dieser Abteilung nicht gestört. Von den Arbeitern wurde insbesondere geltend gemacht, die gekündigten Leute würden in anderen Fabriken der gleichen Branche auf alle Nachfragen um Arbeit abschlägig beschieden, seitens der Unternehmer sei also der Kampf in schärferer Form eröffnet. Diese Behauptung entpuppte sich in keiner Weise den Tatsachen. Denn es lag nichts anderes vor, als eine Stilllegung des Betriebes wegen mangelnder Beschäftigung, und demgemäß war keiner Textilfirma eine Aufforderung noch sonst eine Mitteilung des Inhalts zugeföhrt worden. Es ist deshalb mit Bestimmtheit anzunehmen, daß wenigstens ein Teil der Beschäftigungslosen anderwärts untergekommen wäre. Diese Möglichkeit aber verschärzten sich die Arbeiter selbst. Denn sofort, nachdem der Kampf gegen die Firma proklamiert war, wurden in den verwandten Betrieben Sachiens und darüber hinaus von den Vertrauensleuten der Gewerkschaft Anschläge verbreitet, in denen man aufforderte, den Betrieb von Landmann u. Hellwig, deren Spitzenarbeiter ausgesperrt seien, zu meiden. Diese Anschläge, die von den Fabrikleitungen halb entfernt wurden, waren im Grunde zwecklos, denn die angegriffene Firma dachte lange Wochen hindurch überhaupt nicht daran, Arbeiter anzunehmen. Etwas anderes aber wurde durch die Anschläge erzielt: die übrigen Firmen erfuhr, daß die Gewerkschaft angriffsweise gegen Landmann u. Hellwig vorging, und die Folge war, daß man gegenüber der Zwidauer Firma Solidarität zu üben sich verpflichtet fühlte und Arbeiter, die früher dort beschäftigt waren, nicht einstellte. Kurz — die Arbeiter hatten selbst den Boykott über sich verhängt und selbst sich die Möglichkeit verschlossen, anderwärts neue Arbeit zu finden.

Im weiteren Verlaufe der Bewegung ist die Firma Landmann u. Hellwig infolge der fortgesetzten Heerei und Wühlerei von ihrer ursprünglichen Absicht, nach Bedarf früher bei ihr beschäftigte Arbeiter wieder anzunehmen, abgegangen und hat neue Leute eingestellt. Das gab Anlaß zu den wüsten Szenen. Die Arbeitswilligen wurden in einer Weise belästigt, die jeder Beschreibung spottet, so daß die Firma polizeiliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte, um die neuen Arbeiter wenigstens vor den größten Injuriungen zu schützen. Die schlimmsten vorgekommenen Fälle von Bedrohungen und Gewalttätigkeiten beschäftigen zurzeit die Gerichte.

Erreicht haben die Arbeiter mit alledem nicht das mindeste, denn die Firma Landmann u. Hellwig hat die verfügbaren Plätze heute sämtlich wieder besetzt.

An dieser im Ton recht gemäßigten gehaltenen Notiz ist mancherlei interessant. Zunächst die Behauptung, daß die Firma wegen des schlechten Geschäftsganges sich veranlaßt sah, den Betrieb stillzulegen. Danach standen die Dinge also so, daß die Firma keiner Arbeiter bedurfte. Trotzdem möge aber die Hoffnung mitbestimmend gewesen sein, die Arbeiter würden so am ehesten einsehen lernen, daß die jetzige Zeit nicht geeignet sei, vermeintliche Gegensätze zum Austrag zu bringen.

Angenommen, die Arbeiter wollten wirklich Gegensätze zum Austrag bringen, so ist nicht einzusehen, weshalb sich die Firma davor fürchtete, denn wenn sie keiner Arbeiter bedurfte, wie be-

hauptet wird, dann brauchte sie doch auch einen Kampf mit den Arbeitern nicht zu fürchten; am wenigsten brauchte sie dann dagegen etwas zu haben, daß die Arbeiter ihr den Zugang von Arbeitern abschneiden oder abzuschnitten versuchten. Wenn sie vielleicht auch selbst dagegen nichts unternommen hat, so hat sie sich doch aber auch nicht den Beistand der anderen Firmen verbeten. Das hätte sie aber tun müssen, wenn sie keine Arbeiter brauchen konnte. Wenigstens hätte sie sich diesen Beistand für die langen Wochen, wo sie angeblich nicht daran dachte, Arbeiter anzunehmen, verbeten müssen. Sie tat aber nichts dergleichen. Und warum nicht? Die Notiz verrät es selbst: den Arbeitern sollte die Lehre beigebracht werden, daß die gegenwärtige Zeit zum Austrag von Gegensätzen nicht geeignet sei. Natürlich hätte sie sie nicht entlassen, wenn sie die Arbeiter dringend bedurft hätte; sie konnte sie auf kurze Zeit entbehren, und diese Zeit wollte sie benutzen, den Arbeitern jene Lehre beizubringen, d. h. sie müßte zu machen, damit sie später, wenn sie wieder eingestellt wären, an den Austrag vermeintlicher Gegensätze nicht mehr denken könnten. Es waren also, wie der Verfasser jener Notiz selbst, vielleicht ohne es zu wollen, zugibt, Gegensätze vorhanden, wenigstens nach Meinung der Arbeiter. Und dem Austrag dieser Gegensätze wollte die Firma anscheinend durch Entlassung der Arbeiter zuvorkommen. Das alles läßt sich ohne Mühe schon aus jener Notiz herauslesen, die doch nur den Zweck haben kann, die Firma von jeder Schuld reinzuwaschen und das Verhalten der Arbeiter in Mißkredit zu bringen. Die anderen Firmen, die sich der Zwidauer Firma gegenüber so solidarisch zeigten, obwohl dieselbe angeblich auf jede Solidarität verzichtete, denn sie hatte ja keine Beschäftigung und es konnte ihr deshalb ganz gleich sein, ob die entlassenen Arbeiter ihr den Zugang von anderen Arbeitskräften abschneiden oder nicht, sie nutzten besser, wie die Dinge standen, wenn sie die Sperrung des Betriebes in Zwidau durch die entlassenen Arbeiter mit der Gegenmaßregel beantworteten, keinen der Entlassenen bei sich einzustellen. Nicht die Arbeiter haben sich boykottiert, sondern sie sind vom Unternehmertum boykottiert worden, weil sie einem Betriebe den Zugang neuer Arbeitskräfte abzuschneiden sich bemühten, der nach jener Notiz ja gar keiner Arbeiter bedurfte. Wenn es so wäre, dann wäre es noch viel schlimmer, als wie nach unserer Meinung die Sache liegt; dann hätte das vereinigte Unternehmertum die wegen Mangel an Arbeit entlassenen Arbeiter auf die Boykottliste gesetzt, obgleich ein Kampf zwischen ihnen und der Firma gar nicht stattfand; denn man kann doch vernünftigerweise darin kein Kampfmoment erblicken, daß die Arbeiter nur fälschlich glaubten, sie befänden sich mit der Firma im Kampf, und die deshalb die üblichen Vorsichtsmaßregeln trafen. Wenn der Verfasser jener Notiz mit seiner Behauptung, daß die Arbeiter wegen Mangel an Beschäftigung entlassen worden seien, recht hätte, dann wäre der Boykott hier ein so frivoler, daß er seinesgleichen wohl bergedlich finden würde. In Wirklichkeit lagen die Dinge ja aber ganz anders, was freilich den Boykott noch lange nicht rechtfertigt.

Am 9. Mai gab die Firma Landmann u. Hellwig ihren Arbeitern und Arbeiterinnen in der Spitzenweberei durch „Anschlag“ bekannt, daß infolge rückgängigen Geschäftsganges sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Kündigung erhalten. Von einer Wiederaufstellung bei eintretender Besserung der Lage hat die Firma ihren entlassenen Arbeitern und Arbeiterinnen kein Wort gesagt. Der Artikelschreiber befindet sich also auch darin im Irrtum. Den entlassenen Arbeitern ist wenigstens nichts gesagt worden und das veranlaßte auch die Arbeiterschaft, fremde Arbeiter von dem Betriebe fernzuhalten. Denn jeder verständige Unternehmer sagt doch zu seinen Arbeitern, wann ungefähre die Wiedereinstellung erfolgen kann. Diese sollte wohl überhaupt nicht wieder erfolgen. So vermuteten die Arbeiter, und der unbekanntere Verfasser jenes Beschönigungsartikels zeigt ihnen jetzt, daß ihre Vermutung nicht so unbegründet gewesen sein mag und daß sie ihre Entlassung als Kriegserklärung aufzufassen konnten. Sie konnten auch annehmen, man wolle sich ihrer nur deshalb entledigen, damit sie Differenzen, die bestanden, nicht zum Austrag bringen könnten. Und dieser Annahme ist ja der Artikelschreiber selbst. Es ist deshalb nur ganz erklärlich, daß die Arbeiter ihre auswärtigen Kollegen baten, Zugang fernzuhalten, damit sie selber zuerst wieder eingestellt werden müßten. Es sei auch festgesetzt, daß einige Fabrikanten schon von der Entlassung gewußt haben, ehe überhaupt die auswärtigen Arbeiter von dem Vorgehen unterrichtet worden sind. Feststellen wollen wir weiter, daß die Firma seit Weihnachten 1907 noch 12 Spitzenweber eingestellt hatte, trotzdem schon zu Weihnachten rückgängiger Geschäftsgang zu verzeichnen war, weshalb auch ein Arbeitervertreter einen Teilhaber, Herrn Hellwig, riet, man möge doch eine Betriebs Einschränkung vornehmen. Diesem Wunsche der Arbeiter ist nicht Rechnung getragen worden. Wenn der Artikelschreiber weiter behauptet, durch die Mitteilung der Gewerkschaft hätten erst die Fabrikanten sich zur Solidarität verpflichtet geföhlt, so kann das nach seiner Anschauung zutreffend sein. Nach unserer Anschauung haben sich die Fabrikanten gesagt, eine derartige allgemeine Entlassung von geschulten Arbeitern nimmt ein Unternehmer nicht ohne Grund vor, sondern bestimmte Ab-

### Fachgewerbliche Rundschau.

Der Anfang zur Einführung des Schutzsystems in England. 500 Millionen Mark Zuwachs für die britische Industrie bedeutet nach der Schätzung sachverständiger Gutachter das am 28. v. M. erfolgte Inkrafttreten des neuen britischen Patentgesetzes, das bekanntlich die englischen Patente auf diejenigen Fabrikate außer Kraft setzt, die vier Jahre nach Erteilung des Patents immer noch ausschließlich oder größtenteils außerhalb Englands hergestellt werden. Hauptächlich deutsche und amerikanische Industriezweige werden von diesem Gesetz betroffen und Tausende von Patentrechten kommen für sie dabei in Frage. Die Kapitalisten, welche die ausländischen Patentinhaber in England anlegen müßten, um dort die Herstellung ihrer Fabrikate zu betreiben, werden von Sir Alfred Jones auf 500 Millionen Mark berechnet, und es liegen starke Anzeichen dafür vor, daß die ausländischen Patentinhaber es vorziehen, in eigenen oder Lohnbetrieben in England zu fabrizieren, ehe sie auf ihre Schutzrechte verzichten.

Der „Confectionair“ nennt das englische Patentgesetz eine Verstärkung der deutschen Lückigkeit. Mit solchen Mitteln sei man aber noch nie weit gekommen. Auch das englische Patentgesetz werde den deutschen Vormarsch in Industrie und Handel nicht hemmen. — Wir wollen's abwarten. Wünschen müssen wir natürlich in unserem eigenen Interesse, daß der „Confectionair“ recht behalten möge. Im übrigen können wir es England nicht verdenken, daß es sein bisher geübtes Freihandelsprinzip angeht, der um England herum errichteten Zollschranken aufzugeben sich ansetzt; es hat lange genug vergeblich auf Nachahmung seiner Handelspolitik auf dem Kontinent gewartet. Nun sagt es, haß du meinen Juden, hau ich deinen. Für die deutsche Industrie scheint übrigens die Position nicht mehr so günstig werden zu können, wie sie ehemals und bis vor kurzem noch war; auch der Wettbewerb der amerikanischen Industrie tritt auf dem Weltmarkt immer fühlbarer auf. Wird doch dem „Confectionair“ auch darüber geschrieben:

„Wie immer zu ruhigen Zeiten, machen sich auch jetzt wieder größere Bestrebungen der amerikanischen Textilindustriellen zur Eroberung des Weltmarktes bemerkbar. Die amerikanischen Industrie hat sich in den letzten Jahren ganz enorm vergrößert, und so sind die Bestrebungen der Fabrikanten, für ihre Artikel auch ausländische Märkte zu gewinnen, nur die natürliche Folge der

vergrößerten Produktion. Auch die amerikanische Regierung sucht schon seit langer Zeit ihren einheimischen Fabrikanten Interesse am Export einzuföhnen, wobei sie ihnen auch jede nur mögliche Unterstützung für etwaige Versuche angedeihen läßt. Soweit Artikel in Frage kommen, die nicht spezielle Appretur verlangen, sind die amerikanischen Fabrikanten auch gweifellos erfolgreich gewesen, namentlich mit ihren baumwollenen Stoffen haben sie sich die ostasiatischen Märkte fast ganz erobert. Mit ihren schweren, gerauten Unterzeugen überschwebmen sie heute den englischen, die orientalischen und die ostasiatischen Märkte ohne daß unsere Industrie auch nur daran denken könnte, mit den Amerikanern in diesen Artikeln konkurrieren zu wollen. Letzteren kommt die billige Baumwolle zustatten, auch sind die amerikanischen Fabriken auf die Massenfabrikation im größten Stile eingerichtet. . . .“

Eine neue Verwertung der Abfälle der Flachsfabrik. Die Ankündigung von Dr. George Pearson, daß es ihm gelungen, aus gegenwärtig wertlosem Jaserabfall eine Art Leinwand herzustellen, welche der Baumwollwolle bürgerlichen und dabei billiger im Preise sei, hat besonders in amerikanischen Flachsfabrikanten großes Interesse erweckt. Leider war es ihm bisher noch nicht möglich, das Material antiseptisch zu liefern, ist dies doch eine Eigenschaft, auf welche der Chirurg nicht verzichten kann. Es ist ihm nunmehr gelungen, in Gemeinschaft von Dr. Burrows in Long Bennington auch nach dieser Richtung hin einwandfreies Material herzustellen. Nachdem dasselbe mit Erfolg in dem Krankenhaus von Long Bennington Verwendung gefunden, ist jetzt die erste Sendung dieser neuen Watte nach Amerika abgegangen. Dr. Pearson hatte nur die besseren Qualitäten von Jaser exportiert, um jene Watte herzustellen, und war dessen sicher, daß er auch den minderwertigen Rest des Materials für Padzwede, Schießbaumwolle, Puzball usw. vorteilhaft verwerten könnte. Er ist in seinen Erwartungen nicht getäuscht worden, ja die letzten Versuche haben infolgedessen angenehm überrascht, als er gefunden hat, daß er aus dem minderwertigen Material auch einen Bindfaden fabrizieren könne, der per Ton sich mehrere Pfund Sterling billiger als der bisher gebräuchliche stellen würde. Er ist überzeugt, daß dieser Bindfaden besonders von Weibern wie von Spitzen-Appreturen und auch von Landwirten seiner großen Haltbarkeit halber gern bevorzugt werden wird. Dr. Pearson hat schließlich auch aus bereitem Material eine überaus langhaltige Seidenimitation hergestellt; er befaßt sich ferner mit einem Verfahren der Degumierung der rohen Jaser, wodurch das Köpchen überflüssig werden soll, und ist überzeugt, daß seine neuesten Erfindungen geeignet

sind, den Flachsbau in außerordentlicher Weise zu fördern und in Gegenden zu verbreiten, welche denselben bisher entbehrt haben.

Zucht der Seidenraupe in Dänemark. Die nun schon mehrere Jahre lang wiederholten Versuche, zu Wridslöjelille bei Roskilde in Dänemark Seidenraupenzucht zu betreiben, haben ein günstiges Ergebnis gehabt. So hat man in diesem Jahre in der Schweiz über 100 Ellen Seidenzeug ausschließlich aus dänischen Kokons verarbeiten lassen können.

Die große Gefährlichkeit der Benzindämpfe bestätigt wiederum ein in dem Benzinlager einer größeren chemischen Wäscherei vorgekommener Unfall. Ein Arbeiter wollte verschüttetes Benzin vom Fußboden aufwischen. Bei dieser Arbeit atmete er nahe dem Boden die schweren Benzindämpfe, die sich dort angesammelt hatten, ein und verlor das Bewußtsein. Nur dem Umstand, daß er bald darauf aufgefunden wurde, ist es zu verdanken, daß der Unfall keine ernstern Folgen nach sich zog. Zur Vermeidung derartiger Vorkommnisse soll in größeren Benzinlagern stets vor dem Betreten eine künstliche Entlüftung durch Absaugen der schweren Benzindämpfe möglichst nahe dem Fußboden stattfinden.

Unfälle. Der Mittelfinger der rechten Hand abgerissen wurde der Arbeiterin Hedwig Künstlück, die in der Abfallspinnerei der Firma Gebrüder Ansförge in Runnersdorf a. d. Eigen beschäftigt ist, und in die Maschine geriet. — In Oberreichenbach (Wgl.) fiel in einer Appreturanstalt ein Arbeiter in den Wreubottich und zog sich lebensgefährliche Verletzungen zu. — In Neu-Szegedin (Ung.) wurde durch einen Orkan der Fabrikshornstein der Sege-diner Sanifabrik umgeworfen, welcher auf das Dach des Kesselhauses fiel, drückte es ein und türmte sich im Kesselhaus auf dem Dampfessel und im Naume, wo die Arbeiter auf der Erde saßen, alles germalend auf. Durch die Wucht des Falles erfolgte eine Kesselexplosion und zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen erlitten Verbrühungen schwersten Grades. Viele wurden durch den ausströmenden Dampf und das siedende Wasser im Gesicht und am Oberkörper schwer verwundet. Ein Teil der Fabrikarbeiter wurde von den Ziegeln erschlagen, viele andere erlitten teils schwere, teils leichte Verletzungen. — In der im Altendorfer in Nordhausen belegen Judenadschen chemischen Waschanstalt betrat dieser Tage der Arbeiter Blumenthal den Raum, in dem sich der Benzindestillierapparat befindet. In demselben Augenblick erfolgte eine heftige Explosion. Sämtliche Fenster wurden zertrümmert und der ganze Raum stand in Flammen.



sichten müssen maßgebend gewesen sein. Das ist ja auch von anderen Unternehmern unterböhnen zum Ausdruck gebracht worden. Aber der Artifizschreiber führt ja selber aus, daß in der Spitzenbranche seit Anfang des Jahres das Geschäft vollständig ruhte. Schon aus diesem Grunde konnten die Entlassenen anderweitig kein Unterkommen finden. Wenn die Firma mit Bestimmtheit Unternehmern gefunden, warum hat sie denn die verheirateten Entlassenen, welche zürst acht Wochen vor der Entlassung erst eingestellt worden sind, sogar unter Verpflegung von dauernder Stellung, nicht darauf hingewiesen? Nein, im Gegenteil, die Firma hat vier Wochen nach der Entlassung fremde Leute angeworben, welche sich noch dazu in fester Stellung befanden. Ihre entlassenen Arbeiter hat die Firma ignoriert.

Der Artifizschreiber befindet sich auch im Irrtum, wenn er behauptet, gegen die Firma sei man in der Presse und in Versammlungen von Anfang an in der gehässigsten Weise vorgegangen. Am 17. Juni, also einen Monat später, hat sich die erste Versammlung mit dem Vorgehen der Firma beschäftigt, nachdem von seiten der Firma Arbeitswillige herangelöst worden waren. Durch einen Bericht von dieser Versammlung, welcher am 19. Juni im „Sächsischen Volksblatt“ erschien, hat zum ersten Male die Öffentlichkeit etwas von der allgemeinen Entlassung erfahren. Vorher hat auch keine einzige Zeile in der sozialdemokratischen Presse gestanden.

Auch die Behauptung, man wolle durch ungläubliche Entstellungen und Verdrehungen die Arbeiter in der Gardinenabteilung zu aggressiven Maßnahmen bewegen, ist völlig unzutreffend. Wenn der Artifizschreiber mit in der Gardinenweber-Versammlung gewesen wäre, würde er gehört haben, daß der örtliche Organisationsleiter von solchen Maßnahmen entschieden abgeraten hat, trotzdem sich der dortige Gardinenwebermeister bemühte, fremde Arbeiter anzuwerben und Spulerinnen aus der Abteilung in die Spitzenabteilung herüberzulassen. Allerdings haben die entlassenen Arbeiter ihren Kollegen mitgeteilt, daß die Firma urplötzlich sämtliche Arbeiter entlassen habe.

Daß die entlassenen Arbeiter die Zugereisten bei ihrer Ankunft aufgeklärt haben, ist ganz selbstverständlich. Ganz entschieden müssen wir aber die Behauptung zurückweisen, daß es dabei zu wüsten Szenen gekommen ist. Das ist eine Unwahrheit. Die polizeiliche Hilfe wurde schon von der Firma in Anspruch genommen, ohne daß man die Zugereisten belästigt hätte. In einem Tage in den Morgenstunden waren neun Polizisten beim Betriebe, trotzdem bloß vier Arbeitswillige im Betriebe gearbeitet haben. Die Firma hatte damals der Polizeibehörde es jedenfalls so schwarz vorgemalt, als wie es der Artifizschreiber macht, welcher in unqualifizierter Weise von groben Insultierungen faselt. Mit Eisenstücken haben die Entlassenen nicht geworfen, wie es der eine Arbeitswillige getan hat. Die Polizeibehörde hat bereits das Eisenstück in Verwahrung genommen, und bei der Schnelligkeit der Gerichte in solchen Fällen wird ja der „Mebel-täter“ auch bald zur Verantwortung gezogen werden.

Der unbefamte Weiß- und Schwarzfärber aber möge aus unserer Darstellung ersehen, auf welchem Holzwege er sich mit seiner Behauptung befindet, die Arbeiter hätten sich selbst boykottiert. Selbst wenn alles, was er zum Beweise für seine Behauptung anführt, so richtig wäre, wie es falsch ist, so wäre es immer noch verfehlt, hier von einer Selbstboykottierung der Arbeiter zu reden.

Nachstehend geben wir das Urteil eines bürgerlichen Blattes — „Voigtländischer Anzeiger“, Amtsblatt für das Voigtland — über das Vorgehen der Firma Landmann u. Hellwig ihren Spitzenwebern gegenüber wieder, welches dieses Blatt im Anschluß an einen von der Firma eingesandten Artikel bekanntgibt. Der Anzeiger schreibt:

„Wir veröffentlichen den Artikel, wie er uns zugeendet worden ist, ohne daß wir über die ganze Angelegenheit und namentlich über das bittere Ende vom Lied, wie es der Lohnkampf genommen, etwa Vermutung empfinden können. Zu vermissen bleibt für uns in vorstehendem — in dem eingesandten Artikel — eine Angabe des Grundes, weshalb unter den Arbeitern der Spitzenindustrie, die sonst wahrlich nicht zu den auffälligsten in der Welt gehören, seit einiger Zeit eine Unruhe geherrscht hat, die unhaltbare Zustände zeitigte. Auch darüber, ob die Firma, ehe sie die Spitzenabteilung schließen ließ, sich mit den Arbeitern einige Zeit vorher zu verständigen versucht hat, fehlt jede Angabe. Unverständlich war es gewiß nicht, wenn die Stilllegung, mag sie zunächst auch auf Mangel an Aufträgen zurückzuführen gewesen sein, von den Arbeitern als Maßregelung aufgefaßt und beantwortet wurde. Was dann unter dem bekannten sozialdemokratischen Oberkommando gefolgt, ist man ja nachgerade gewöhnt, und wir sind die Letzten, die einen derartigen Krieg im Frieden mit seiner Postenfähigkeit und Haß auf Arbeitswillige beschönigen. Die bittere Saat hat denn auch bittere Frucht getragen. Die Sticker (soll wohl heißen Spitzenweber. Red. des „Textilarbeiter“) sind, wie sie sich das bei so schlechten Zeiten selbst hätten sagen können, im Kampf gegen die Firma total unterlegen. Doch wieviel Groll und Bitterkeit blieb, ganz abgesehen von Not und Elend, in den Herzen zurück und hilft nur die schlaffen Segel der Umsturzpartei mit neuem Winde füllen. Eine einsichtige

Blumenthal erlitt schwere Brandwunden im Gesicht, an Armen und Händen und mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Brand wurde sofort durch Aufwerfen von Rieß gedämpft. Die Entstehungsurache der Explosion ist noch unbekannt.

**Bränie.** Die Wollwarenfabrik S. Dornberg u. Sohn in Eschwege (Hessen-Nassau), die bedeutendste industrielle Anlage im Eschwegeer Bezirk, die auch die Wollweberereien von Kaiser u. Co., sowie von Eichenberg beherbergt, ist zum großen Teil niedergebrannt. Ueber 100 Arbeiter sind brotlos.

**Geschäftsöffnungen, Vergrößerungen usw.** Die Firma B. u. D. Meyer in Plauen i. V., Weberei englischer Gardinen, Bands- und Spachtel-Gardinenfabrik, teil mit, daß ihre neuerbaute Gardinenweberei, zu deren technischer Leitung sie allererste Kräfte gewonnen hat, im Laufe des kommenden Herbstes in Betrieb gefügt werden wird. Die neue Fabrikanlage ist mit den neuesten und besten Gardinenwebstühlen sowie neuesten Hilfsmaschinen eingerichtet, und es ist in allen Teilen elektrischer Antrieb vorgesehen. — Die Firma A. Gutmann, welche in Göppingen a. d. Fils eine Baumwollspinnerei, Weberei und Färberei besitzt, hat ihre neue Weberei um einen Schenkbau für 100 Stühle vergrößert. In diesem Schenkbau werden die Stühle der alten Gutmannschen Weberei untergebracht. — Eine große Erweiterung soll die mech. Weberei von G. Lehmann u. Co. in Gnadensreith i. Schl. erfahren. — In Gießberg soll eine Knopfseidenfabrik errichtet werden, was sowohl in den Kreisen der Arbeiter als auch der Gewerbetreibenden freudig begrüßt wird. Soffentlich beständig sind die Beschäftigten nicht, daß der Plan deshalb nicht ausgeführt werden könne, weil, wie behauptet wird, für die Pflanzfelder, die als Wangelände aussersehen sind, zu viel geordert werde.

**Konkurs.** Die Firma „Evenska Linneväveri-Aktiebolaget“ (Schwedische Leinwandweberei-Aktiengesellschaft) in Stockholm ist in Konkurs geraten.

**Fachschulen betr.** Die Preussische höhere Fachschule für Textilindustrie, Barmen, beginnt am 16. September wieder den Unterricht für die Tageskurse, wozu neue Schüler bezw. Schülerinnen aufgenommen werden, in getrennten Abteilungen mit besonderen Lehrkräften für Weberei (Kleider-, Möbelstoffe, Teppiche), hauptsächlich Jacquard-, Bands- und Posamentweberei, Flechterei (Niemengang- und Häfelgallionsfabrikation), Färberei und techn. Chemie, Musterzeichnen und Patronieren. Modern eingerichtete praktische Betriebe und Laboratorien stehen zur Verfügung. — Für die Abendkurse erfolgen jetzt keine Neuaufnahmen.

**Verständigung unter Hindrängung der zuerst obwaltenden Unstimmigkeiten** wäre schon erwünschter gewesen als der geschickte Ausgang, der auch dann uns ein Uebel bleibt, wenn er dem Unternehmern als Akt äußerster Nothwehr und damit als notwendig erscheinen will.“

Also auch bürgerliche Blätter beurteilen das rücksichtslose, durch nichts gerechtfertigte Vorgehen der Firma Landmann u. Hellwig ihren Arbeitern gegenüber auf das entsetzliche.

Leider muß der Kampf als verloren angesehen werden, und er sürht zur Zeit, wo dieses Blatt in die Hände der Leser gelangt, schon abgebrochen sein, weil infolge der vielen Streikbrecher, die sich leider fanden, die Position der Kämpfenden eine äußerst ungünstige geworden ist. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Spitzenweber Grund genug hatten, den Kampf mit der Firma aufzunehmen. Sie haben dazu allerdings, wie wir zugeben wollen, keinen günstigen Zeitpunkt gewählt. Doch wird der Kampf für die Arbeiter von guten moralischen Folgen sein.

Die Arbeiterschaft der Textilindustrie Bwidau wird aus diesem Kampfe die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation einsehen, und auch die letzten werden, wie schon so viele während der Zeit dieses Kampfes, sich dem Textilarbeiterverbände anschließen. So werden auch die Maßnahmen der Firma Landmann u. Hellwig gegen die organisierten Arbeiter zu einem Teile von iener Kraft, die zwar das Böse will, doch stets das Gute schafft.

### Wirtschaftliche Erfolge der Gewerkschaften im Jahre 1907.

Nach den statistischen Aufnahmen und deren Bearbeitung durch die Generalkommission, die wie in den Vorjahren auch hinsichtlich des Jahres 1907 bewirkt wurde, ist wieder von neuem festzustellen, daß die Erfolge der Gewerkschaften nicht lediglich zu ersehen sind aus der Zahl der mit Erfolg beendeten Streiks und Aus-sperrungen, sondern daß man auch, will man die Erfolge der Gewerkschaften einwandfrei messen, auch die Erfolge nicht außer acht lassen darf, die ohne eigentlichen Kampf erzielt worden sind. Dieses Verfahren, das ja auch die Generalkommission schon seit langem anwendet, wird auch für den bloßen Beurteiler der in Frage kommenden statistischen Zahlen um so mehr zu empfehlen sein, je mehr es den Arbeitern und ihren Gewerkschaften gelingt, positive Erfolge auch ohne eigentliche Kämpfe zu erzielen und negative Eroberungen gleichfalls durch Verhandlungen zu machen, also durch solche beabsichtigt gewesene Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverlängerungen aufzuhalten. Ist doch übrigens die Tendenz der Gewerkschaften neuerdings mehr darauf gerichtet, eigentliche Kämpfe zu vermeiden, ohne deshalb auf jeden Erfolg verzichten zu müssen.

Mit der zunehmenden Erstarkung der Unternehmerorganisationen ist das Risiko, Kämpfe zu führen, gegen früher bedeutend gemachsen; deshalb muß die Gewerkschaft mehr darauf bedacht sein, solche Kämpfe, die größere Opfer fordern, zu vermeiden und sich dennoch Erfolge zu sichern. Die gedachte Erstarkung der Unternehmerorganisationen, die sowohl eine numerische wie finanzielle ist, steht dieser Tendenz und diesem Streben keineswegs entgegen, wie es scheint, denn auch das koalierte Unternehmertum hat mit der erhöhten Leistungsfähigkeit der Arbeiterorganisationen zu rechnen und muß seinerseits bemüht sein, vorausichtlich langandauernde Kämpfe zu vermeiden, die auch von ihm große Opfer fordern könnten. Nur auf Grund dieser Erkenntnis ist auch das Unternehmertum heute dem Abbruch von Tarifverträgen, die den Frieden auf längere Zeit zu sichern vermögen, nicht mehr so abhold wie noch vor einem Jahrzehnt. Deshalb zeigt es sich immer mehr geneigt, mit den Arbeiterorganisationen solche Abmachungen zu treffen, wo ihnen die Garantie für die gewissenhafte Durchführung derselben vorhanden zu sein scheint. So kommt es, daß die erfolgreichen Lohnbewegungen ohne Kampf auch im Jahre 1907 nicht gering an Zahl sind.

Wie die folgende Tabelle ausweist, wurden von den insgesamt im Jahre 1905 erreichten 666 764 Stunden Arbeitszeitverfürzung pro Woche 68 Proz. ohne Arbeitseinstellung und 32 Proz. durch Streiks erreicht. 1906 wurden von insgesamt erreichten 1 227 608 Stunden Arbeitszeitverfürzung pro Woche 76,2 Proz. ohne Arbeitseinstellung und 23,8 Proz. durch Streiks erkämpft, und von den im letzten Jahre zusammen erzielten 885 888 Stunden Arbeitszeitverfürzung pro Woche wurden 78,4 Proz. ohne Arbeitseinstellung erreicht und nur 21,6 Proz. durch Streiks. Doch vergleiche man selber an Hand der Tabelle.

Arbeitszeitverfürzung wurde erreicht				Arbeitszeitverfürzung in Prozenten				
ohne Arbeitseinstellung		durch Streik		ohne Arbeitseinstellung		durch Streik		
für Personen	Stunden pro Woche	für Personen	Stunden pro Woche	für Person.	Stb. p. Woche	für Person.	Stb. p. Woche	
1905	106 165	453 297	61 666	213 467	68,3	68,0	36,7	32,0
1906	255 534	928 804	75 646	298 804	77,2	76,2	22,8	23,8
1907	187 295	694 388	50 895	191 500	78,6	78,4	21,4	21,6

Lohnerhöhung wurde erreicht				Lohnerhöhung in Prozenten				
ohne Arbeitseinstellung		durch Streik		ohne Arbeitseinstellung		durch Streik		
für Personen	pro Woche	für Personen	pro Woche	für Person.	Stb. p. Woche	für Person.	Stb. p. Woche	
1905	279 493	550 637	112 653	258 166	71,3	68,5	28,7	31,5
1906	491 878	852 389	154 253	359 506	76,1	70,3	23,9	29,7
1907	370 214	687 962	104 490	233 892	78,0	74,6	22,0	25,4

Wie bei der Arbeitszeitverfürzung, war es auch mit den Lohnerhöhungen, welche erreicht wurden.

Im Jahre 1905 wurden von der gesamten Lohnerhöhung 68,5 Prozent durch Unterhandlungen und ohne Arbeitseinstellung und 31,5 Proz. durch Streiks herbeigeführt. Im Jahre 1906 betrug der Prozentatz der ohne Arbeitseinstellung erreichten Lohnerhöhung 70,3 und der mittels Streiks erkämpften 29,7 und im Jahre 1907 wurden nur 25,4 Proz. der Lohnerhöhungen durch Arbeitseinstellung erkämpft, während 74,6 Proz. ohne Arbeitseinstellung herbeigeführt worden sind.

In bezug auf den Abschluß kooperativer Arbeitsverträge trifft, daselbe zu. Infolge Angriffsbewegungen wurden im letzten Jahre 1545 Tarifverträge abgeschlossen, während infolge von Angriffsstreiks nur 634 zustande kamen.

1906 wurden 2360 kooperative Arbeitsverträge für 317 487 Beteiligte abgeschlossen, wovon 1632 Verträge für insgesamt 231 392 Beteiligte ohne Arbeitseinstellung zustande kamen und 1907 wurden von insgesamt 2339 kooperativen Arbeitsverträgen für 272 048 Beteiligte 1556 Verträge für 177 901 Beteiligte ohne Arbeitseinstellung abgeschlossen. Die infolge früher abgeschlossener Tarifverträge im Jahre 1907 eingetretenen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sind aus der Statistik nicht ersichtlich; sie sind aber zum Teil recht hoch anzuschlagen. Ein Teil im Jahre 1907 ablaufender Tarifverträge wurde neu vereinbart, ohne den Arbeitern neue Vorteile

zu bringen, aber dadurch wurde das Bestehende für eine längere oder kürzere Zeit hinaus gesichert und den Unternehmern die Möglichkeit genommen, die Folgen der Krise in größerem Umfange auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen.

Das sind keine Anzeichen von Schwäche der Gewerkschaften, sondern die besten Beweise der steigenden Kraft, des wachsenden Einflusses derselben. Je stärker die gewerkschaftlichen Organisationen werden, je größer der Preis der ihrem Einfluß unterstehenden Personen, je fester das Gefüge der Gesamtorganisation und je reichlicher die finanziellen Mittel vorhanden sind, desto mehr Achtung und Respekt werden sie dem Unternehmertum abgewinnen und um so mehr wird dieses geneigt sein, den terroristischen Herrenstandpunkt aufzugeben. Und dieser Einfluß ist in den letzten Jahren ganz gewaltig gestiegen, und daher auch die verzweifeltsten Anstrengungen der Unternehmerverbände, den Einfluß und die Kraft der Gewerkschaften durch die Aussperrungen zu brechen. Das verfloßene Jahr erschien den Unternehmern ganz besonders geeignet, einen Gewaltstreik gegen die Arbeiterorganisationen zu führen. Die Organisationen des Baugewerbes und der Holzindustrie waren besonders dazu auserselien, der Vernichtung anheimzufallen, und das Resultat dieses Ansturms war, neben den ungeheueren direkten Verlusten der Unternehmer, ein Sieg der Gewerkschaften, der sich in folgenden Zahlen L. erspiegelt. In beiden Organisationen wurde zusammen für 76 308 Personen eine Arbeitszeitverfürzung von 266 261 Stunden pro Woche und für 202 888 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 444 653 M. pro Woche erreicht.

Die freien deutschen Gewerkschaften sind Kampforganisationen, d. h. sie nehmen den Kampf auf, sie gehen ihm nicht aus dem Wege, wo er ihnen aufgezwungen wird. Sie müssen und werden kämpfen, wo ihnen die Erreichung ihres Zieles auf friedlichem Wege unmöglich ist.

Im verfloßenen Jahre machten die Unternehmer, häufiger als in den vorhergehenden Jahren, den Versuch, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die stete Kampfbereitschaft der Gewerkschaften ließ die Unternehmer nur in wenigen Fällen und ganz beschwindend geringem Maße Erfolge in dieser Beziehung erreichen. In den meisten Fällen war es den Gewerkschaften möglich, die geplanten Verschlechterungen abzuwehren und zum Teil auch noch bei diesen Kämpfen positive Erfolge zu erringen. Was in den letzten drei Jahren von den Gewerkschaften an geplanter Arbeitszeitverlängerung oder Lohnverfürzung abgewehrt wurde, zeigt folgende Tabelle:

Arbeitszeitverlängerung wurde abgewehrt				In Prozenten				
ohne Arbeitseinstellung		durch Streik		ohne Arbeitseinstellung		durch Streik		
für Personen	Stunden pro Woche	für Personen	Stunden pro Woche	für Person.	Stb. p. Woche	für Person.	Stb. p. Woche	
1905	1657	6928	949	2649	63,6	72,4	36,4	27,6
1906	979	4872	1065	4542	48,0	51,8	52,0	48,2
1907	2212	6475	1004	5446	68,9	54,8	31,8	45,7

Lohnreduzierung wurde abgewehrt				In Prozenten				
ohne Arbeitseinstellung		durch Streik		ohne Arbeitseinstellung		durch Streik		
für Personen	pro Woche	für Personen	pro Woche	für Person.	Stb. p. Woche	für Person.	Stb. p. Woche	
1905	7394	13 152	6771	18 099	52,2	50,1	47,8	49,9
1906	2842	6 197	4888	13 471	37,0	31,5	63,0	68,5
1907	5965	9 049	9285	27 775	39,1	24,6	60,9	75,4

Bei den Abwehrbewegungen wurden im letzten Jahre in 11 Fällen für insgesamt 2868 Beteiligte korporative Arbeitsverträge und bei den Abwehrstreiks in 56 Fällen für insgesamt 6576 Beteiligte korporative Arbeitsverträge abgeschlossen. An Arbeitszeitverlängerung wurde abgewehrt für 3236 Beteiligte zusammen 11 921 Stunden pro Woche und an Lohnreduzierungen für 15 250 Beteiligte zusammen 36 824 M. pro Woche. Eine Arbeitszeitverlängerung durchzuführen, war den Unternehmern überhaupt nicht möglich und eine Lohnreduzierung trat insgesamt nur für 3315 Personen ein, die pro Woche 6673 M. beträgt. Gegenüber den Erfolgen der Gewerkschaften fallen also die Erfolge der Unternehmer gar nicht ins Gewicht.

Als direkte Erfolge bei Aussperrungen kommen zunächst in Betracht 93 korporative Arbeitsverträge, die für 39 360 Beteiligte Gültigkeit haben. Ferner Arbeitszeitverfürzung für 7396 Personen zusammen 14 698 Stunden pro Woche und Lohnerhöhung für 23 126 Beteiligte zusammen 33 821 M. pro Woche. An den infolge von Aussperrungen herbeigeführten Arbeitszeitverfürzungen und Lohnerhöhungen sind nur die Organisationen der Holzarbeiter, Metallarbeiter und Steinseger beteiligt. Die Erfolge, welche der Zentralverband der Maurer bei den Aussperrungen erzielte, sind nicht besonders von diesem angegeben, sondern in den Erfolgen der Angriffsstreiks enthalten.

An Verschlechterungen als Folge von Aussperrungen trat ein bei den Tabakarbeitern eine Lohnverfürzung für 68 Personen von zusammen 68 M. pro Woche und bei den Transportarbeitern eine Lohnverfürzung für 772 Personen von insgesamt 2779 M. und ferner in 12 Fällen sonstige Verschlechterungen für 988 Beteiligte.

Die Unternehmer werden natürlich vorläufig ihre Aussperrungstaktik noch fortsetzen, trotz aller Mißerfolge, die sie bisher damit hatten. Denn, wenn sie einmal den Arbeitern einen Mißerfolg beschaffen, so bedeutete das für sie doch auch immer Verluste, die ihren Erfolg dermaßen beeinträchtigen, daß es weder Sieger noch Besiegte gab. Wir haben das z. B. auch in unserer Industrie schon mehrfach sehen können. Aber wie gesagt, noch werden die Unternehmer von ihrer bisher beobachteten Aussperrungstaktik nicht abgehen. Gaben sie doch immer noch eine Hoffnung, die, durch die gelben Gewerkschaften ihre Position noch einmal verbessern zu können. Zwar war die von den Gelben bisher den Unternehmern geleistete Hilfe von minimaler Bedeutung und auch in Zukunft dürfte sie die Erfolge der Gewerkschaften nicht nennenswert zu beeinträchtigen vermögen. Aber wie ein Erstrebender zu seiner Rettung nach einem Strohhalme greift, so klammert sich das tonangebende Unternehmertum trotz aller trüben Erfahrungen an die Aussperrung als einzigen Rettungsanker gegenüber der immer dringender und nachhaltiger seine Rechte verlangenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Die bisherige Taktik der Unternehmerverbände wäre zu verstehen, wenn die Aussperrungen auch nur den geringsten dämpfenden Einfluß auf die Gewerkschaft auszuüben vermöchten. Aber auch dies ist nicht der Fall. Im Gegenteil; jede Aussperrung, und erstere die noch so große Opfer seitens der Gewerkschaften, erhöht die Opferwilligkeit der Mitglieder, stärkt ihren Mut und fordert sie zu neuen Kämpfen heraus. Furcht vor den Aussperrungen kennen die Gewerkschaften nicht, wohl aber fürchten die Unternehmer den Streik, und nicht gering ist die Zahl der Unternehmer, die auch schon die Aussperrungen selbst fürchten gelernt haben, denn für viele „keine Existenz“ bedeutet die Aussperrung der Arbeiter den wirtschaftlichen Ruin, den Untergang in die große Masse des Proletariats. Die periodisch wiederkehrenden wirtschaftlichen Krisen und die Aussperrungstaktik der Unternehmerverbände sind für die Arbeiter gleichbedeutend. Beide sind gesamt, den an sich natür-



lichen, durch die kapitalistische Produktionsweise bedingten Entwicklungsstadium zu beschleunigen.

Wenn sich, wie aus der Statistik klar ersichtlich, in Unternehmertum mehr und mehr das Bestreben bemerkbar macht, die Differenzen mit den Arbeitern auf friedlichem Wege beizulegen und das schroffe Zurückweichen der Arbeiterforderungen aufzugeben, so entpringt diese Tendenz lediglich der Erkenntnis, daß die von einem fanatischen Echarfmachtum diktierte Kampfweise nicht dem Interesse der Unternehmer dienlich ist.

Das dürften auch unsere Textilindustriellen zu einem großen Teile schon eingesehen haben. Die Grimmitzauer Aussperrung hat manchem Spinnereibetriebe das Geschäft nach M.-Glabbad und M.-Glabbad betragen, die Wirtelraussperrung im Erzgebirge dürfte die dortige Industrie auch noch lange schädigen und manchen Kleinen dem Bankrott zuführen. Das ist aber gerade ein Grund für die Großen, solche Aussperrungen immer wieder zu versuchen; nur so kann man sich unbequeme Konkurrenten dauernd vom Halse halten. Aber wie gesagt, viele haben längst gemerkt, wohin die Fahrt geht und werden nicht für alle Zeiten mehr mitmachen. Aber wenn es dennoch anders käme, die Gewerkschaften hätten keinen besonderen Grund, Aussperrungen zu fürchten, denn diese werden immer noch von ihnen ausgehalten werden können. Das führt aber im Unternehmertum zur Ausbreitung der Erkenntnis, daß die für Aussperrungen von ihm gebrachten Opfer vergeblich sind, und diese Erkenntnis muß doch schließlich das Aussperrungsfieber überall zurückdrängen, wo die Aussperrung lediglich die Schwächung der Arbeiterorganisation zum Ziel hat und wird dann nur noch zur Anwendung kommen, wo sie auch zwecks wirtschaftlicher Niederwerfung unbequemer Konkurrenten inszeniert wird.

Den Gewerkschaften aber kann es gleich sein, von welchen Motiven sich die Unternehmer leiten lassen und wie sie ihre Interesse zu wahren suchen. Wie die freien Gewerkschaften jederzeit bereit sind, die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne Anwendung der scharfen Waffen auf dem Wege des friedlich vereinbarten Tarifvertrages vorzunehmen, so sind sie auch stets gewillt und bereit, ihre Forderungen mit allem Nachdruck und unter Anwendung aller Kraft zu vertreten. Gerade die Lohnbewegungen und Lohnkämpfe des letzten Jahres dürften den Unternehmern gezeigt haben, daß es den Gewerkschaften mit ihren Forderungen stets Ernst ist und daß sie, einmal zum Kampfe herausgefordert, diesen zu führen verstehen.

Mit Hilfe der Solidarität und Opferwilligkeit übersteigt die organisierte Arbeiterschaft die Schranken der wirtschaftlichen Leberlegenheit eines kapitalistischen Unternehmertums, und Schritt für Schritt wird sie von dem ihr gebührenden Anteil an den Gütern moderner Kultur Besitz ergreifen. Diese geschichtliche Mission, die die Gewerkschaften zu erfüllen haben, wird zwar durch die Unternehmerorganisationen zeitweilig etwas aufgehalten, schließlich aber auch durch sie gefördert, indem die Unternehmer, des Kampfes müde, sich mehr und mehr zum Abschließen von Tarifvereinbarungen bequemen, die nur durchführbar sind, wo auch die Unternehmer, gleich den Arbeitern, sich in Koalitionen gesammelt haben. So werden die Organisationen auf beiden Seiten aus einem Mittel zur Führung erbitterter Kämpfe zu einem solchen der Sicherung des wirtschaftlichen Friedens, ohne daß die Arbeiterschaft um den ihr gebührenden Anteil an den sich immer mehr häufenden Kulturgütern kommt.

### Reine Ruhe im Seidengeschäft.

Die Kapitalisten, welche als sogenannte Großhändler in der „Seidenkonvention“ dominieren, üben durch ihren maßlosen Terrorismus gegen ihre kleineren Konkurrenten eine recht unheilvolle Wirkung auf die ganze deutsche Seidenindustrie aus. Dem „Berliner Tageblatt“ wird darüber von einem Branchenkundigen geschrieben:

Von allen in der Textilindustrie bestehenden Verbänden hat keine so oft der Öffentlichkeit Veranlassung gegeben, sich mit ihr zu beschäftigen, wie die „Seidenkonvention“, das ist der Verband der Großhändler von Samt und Seidenwaren. Querschnitt ist die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich durch allzu strenge Konditionen, wie Preisauflage bei Quisfidekäufen, ungünstige Zahlungsbedingungen, niedrige Stontofäge usw. Dadurch wurden im vorigen Jahre die monatelangen Kämpfe zwischen Fabrikanten, Großhändlern und Detailisten hervorgerufen, die erst nach langen schwierigen Verhandlungen beendet werden konnten. Während dieser Streitigkeiten wiesen wir darauf hin, daß nicht nur in den Kreisen der Detailisten eine Erbitterung gegen die Großhändlerkonvention bestünde, sondern auch bei einer Anzahl von Großhändlern, die gegen ihren Willen von der Konvention nicht aufgenommen wurden und auf die die Strafmaßregeln des Großhändlerverbandes Anwendung fanden. Die Vorgeschichte der Differenzen zwischen den großen und mittleren Großhändlern ist in kurzen Zügen folgende: Bei Gründung der Konvention wurde jeder Seidenhändler aufgenommen. Als nun die größeren Firmen eingetreten waren, wurde den Außenseitern mitgeteilt, daß sie im Falle des Fernbleibens von den Fabrikanten keine Ware mehr erhielten. Eingeschüchtert durch diese Drohung, meldeten sich viele mittlere Großhändler, denen indes die Aufnahme verweigert wurde, weil angeblich ihr Jahresumsatz die Höhe von 300 000 Mk. nicht erreiche. Trotzdem die betreffenden Firmen also bereit waren, dem Verbandsbeitritt beizutreten, wurden sie ausgeschlossen, und die Seidenkonvention bestand es, beim Verband der Samtfabrikanten durchzusetzen, daß die kleinen Großhändler keine Ware mehr geliefert bekämen, während die Seidenfabrikanten diesen Außenseitern nur ein Skonto von 2 Proz. (gegenüber 6 Proz. bei den Konventionsmitgliedern) gewährten. Gegen eine derartige willkürliche Behandlung der Konkurrenz machte sich ein allgemeiner Unwille bemerkbar, und diese Frage wurde unter anderem durch den preußischen Landtagsabgeordneten Strosser im Handelsministerium zur Sprache gebracht. Nach langem Bögern hat nun — ob freiwillig oder unfreiwillig, läßt sich nicht feststellen — die Seidenkonvention nachgegeben und ein Entgegenkommen den Außenseitern dadurch bewiesen, daß sie die außerordentliche Mitgliedschaft schuf. Auf diese Weise sollte es den kleineren Großhändlern ermöglicht werden, die Vorteile der Konvention zu genießen, und die über die Außenseiter verhängte Sperre sollte aufgehoben werden, sobald diese außerordentliche Mitglieder würden. Sieht man sich aber die Bedingungen hierfür an, so läßt sich kaum bestreiten, daß den außerordentlichen Mitgliedern ein außerordentliches Maß von Pflichten auferlegt wird, denen nennenswerte Rechte kaum gegenüberstehen. Zunächst haben diese Mitglieder 100 Mk. jährlichen Beitrag zu leisten und sich zu verpflichten, zu denselben Bedingungen zu verkaufen wie die Konventionsmitglieder. Der von den Fabrikanten gewährte Skontofaß beträgt dagegen nach wie vor nur 2 Proz., während die ordentlichen Mitglieder 6 Proz. erhalten. In den Aufnahmebedingungen heißt es ferner: „Als außerordentliche Mitglieder können solche Firmen aufgenommen werden, die nach Entscheidung des geschäftsführenden Ausschusses zu ordentlichen Mitgliedern nicht geeignet erscheinen oder durch die Art ihrer Geschäfte nicht geeignet erscheinen, in die Rechte und Pflichten der Verträge mit allen Fabrikantengruppen einzutreten.“ Ein Grund, weshalb die betreffenden Großhändler nicht „geeignet“ erscheinen, wird nicht angegeben. Ein Skontorecht haben die außerordentlichen Mitglieder nicht; sie werden als Händler zweiter Klasse behandelt und haben sich den Beschlüssen der ordentlichen Mitglieder einfach zu unterwerfen. Als besondere Härte muß angesehen werden, daß die außerordentlichen Mitglieder in einer ganz einseitigen Weise in der Wahl ihrer Lieferanten gebunden sind, während es diesen Lieferanten freisteht, ob sie liefern wollen oder nicht. Weigern sich nun die Fabrikanten,

dem Großhändler zu liefern, so ist er außerstande, sich in Deutschland die Ware von anderen Fabrikanten zu beschaffen. Zur Erfüllung seiner Verpflichtungen hat jedes außerordentliche Mitglied 3000 Mk. in Solawechseln zu hinterlegen. Wie aus den obigen Bedingungen hervorgeht, sucht die Seidenkonvention ihren kleineren Konkurrenten das Geschäft nach Möglichkeit zu erschweren, während andere Verbände den kleineren Firmen den Eintritt nach Möglichkeit erleichtert haben. Der Zweck dieser Erschwerung soll sein, die Neutablierungen im Seidenhandel nach Möglichkeit zu hindern.

Diese Enthüllungen — als solche darf man sie wohl bezeichnen — dürften in allen interessierenden Kreisen das berechtigste Aufsehen erregen; und zu diesen interessierenden Kreisen gehören auch die Arbeiter. Da wird fortwährend über mangelhafte Aufträge in der Samt- und Seidenindustrie geklagt, und nun erfahren wir, daß die Samt- und Seidenfabrikanten, die ja mit zu dieser den kleinen und mittleren Kaufmann terrorisierenden Konvention gehören, selbst nach Kräften dazu beitragen, daß keine Ruhe im Seidenwarengeschäft eintritt. Um einigen Großkapitalisten die ganze Beute des Seidenhandels zuzuschlagen, sollen also mit Hilfe der Seiden- und Samtfabrikanten die Existenzen der kleinen Samt- und Seidenwarenhändler gemeuchelt werden. Und die Arbeiter sind es, welche bei dieser Abwürgung der kleinen Händler ganz erheblich wirtschaftlich geschädigt werden.

### Der sogenannte neue Mittelstand in Nöten.

Ein in Berlin unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinendes antisemitisches Wochenblatt brachte in seiner Nummer vom Sonnabend, den 22. August d. J., dem Sinn nach diese Notiz:

„Der Inhaber einer der größten Berliner Fabriken in Plüsch, Herren- und Damenkonfektionsstoffen und Teppichen hat seinem gesamten kaufmännischen und sachtechnischen Personal zum 1. Oktober d. J. gekündigt. Der Zweck dieser Maßnahme ist, ihnen neue Kontrakte zur Unterschrift vorzulegen, durch die den Herren die ihnen in Zukunft obliegenden Pflichten einfach diktiert und ihre bisherige Gehälter um 20 bis 25 Proz. gekürzt werden.“

Bemerkenswert ist, daß das Antisemitenblattchen den Namen der Firma sowohl wie den des Inhabers verschweigt. Die Judenfreier schonen den Juden. Und doch haben sich die Angestellten der Firma in ihrer Herzensangst an das Blatt gewandt, damit es ihre Interessen vertrete. Wohl zum ersten Male in ihrem Leben ist ihnen zum Bewußtsein gekommen, daß sie einer politischen Partei angehören müssen. Als bei einem jüdischen Millionär in Stellung befindlich, der die Herren Angestellten so in die Knie zwingt, sehen sie natürlich nur in dem Antisemitismus ihr Heil. Der Antisemitismus war ja schon von jeher der Sozialismus der dummen Kerle. Kein Wunder denn, wenn die Angestellten, die in politischer Beziehung vollständig indifferent sind, sich in ihrer Not zu den Antisemiten flüchten.

Diese Flucht in das antisemitische Lager, zu der sie sich mit unvergleichlichem „Heldenmut“ aufgeschwungen haben, wird wohl auch die einzige „hühne“ Tat ihres Lebens bleiben. Jedem unbefangenen Beurteiler der Angelegenheit aber muß bei dem tapferen Vorgehen der Herren vom Kontor der alte und bekannte Oassenhauer einfallen: „Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß.“

Wie wir in Erfahrung gebracht haben, handelt es sich um eine Firma, die auch ein einiges Interesse abnötigt. Sie ist in den Kreisen der in der Hausindustrie beschäftigten Weber sehr bekannt. Die verstorbenen Begründer der Firma und der ebenfalls schon verstorbenen Sozjus sowohl wie die Angestellten wertvollsten in dem Bestreben, die Arbeitslöhne der Weber herabzudrücken. Tatsächlich werden hier die niedrigsten Löhne gezahlt. Wem von allen Beteiligten die Palme des Ruhms gebührt, das erreicht zu haben, ist schwer zu sagen. Sie dürften alle in gleichem Maße Anteil daran haben.

Die hausindustriellen Weber in Berlin und den Vororten, in Kloster Zinna, Jüterbog und nicht zuletzt in Ratzeburg (Schlesien) können ein Lied davon singen, was es heißt, zu den von der Firma gezahlten Hungerlöhnen arbeiten zu müssen. In den Zeiten der wirtschaftlichen Krisen hat man die Notlage der beschäftigungslosen Weber schonungslos ausgenutzt. Für die Arbeit und Verdienst Suchenden hatten die Herren im Kontor nur Hohn und Spott. Stundenlang mußten die Weber warten, ehe es jemandem beliebte, zu fragen: „Was wollen Sie denn?“ Und erst nach längerem Warten erhielt dann der Fragesteller den Bescheid: „Augenblicklich ist nichts, kommen Sie gelegentlich mal wieder.“ Schon länger bei der Firma Beschäftigte wurden oft Tag für Tag bestellt, ohne Arbeit zu erhalten. So wurden sie hingehalten, bis sie vollständig zermürbt waren. Endlich nach Wochen sollte es etwas Arbeit geben. Aber der Lohn war um 30, 40 bis 50 Proz. niedriger wie vorher. Den die Arbeit anzunehmen Bögernden stellte man vor die Alternative: „Entweder Sie arbeiten für den Lohn oder wir schicken alles nach Ratzeburg. Dort zahlen wir noch weniger Lohn. Wir geben Ihnen die Arbeit nur aus Mitleid, damit Sie nicht gänzlich verhungern.“ Ratzeburg war der Popanz, mit dem man die Berliner Weber stets von neuem mit Erfolg schreckte. Die Angestellten kamen bei diesem Verfahren glänzend auf ihre Rechnung. Ihr Gehalt stieg von Jahr zu Jahr rapide. Es ging ebenso schnell in die Höhe, wie der Arbeitslohn der Weber sank. Zum Jahresabschluss regnete es für die Angestellten obendrein noch Gratifikationen. Das beste Geschäft machte bei dieser Arbeiterausbeutung natürlich die Firma. Die Inhaber wurden in kurzer Zeit Millionäre. Sie mußten sehr wohl, daß die Aufbesserung des Gehalts des Kontorpersonals für dieses ein weiterer Ansporn zu neuen Taten sei.

Wieder befinden wir uns inmitten einer schweren wirtschaftlichen Krise. Aber das alte Spiel von neuem anfangen, ist nicht mehr möglich. Der Arbeitslohn der Weber kann nicht mehr gedrückt werden. Die Firma müßte sonst weniger als nichts für die Arbeiter zahlen. Und das geht selbst in Schlesien nicht. Durch die fortgesetzten Lohnabzüge haben sich die Angestellten in eine Sackgasse verannt. Aus dem Dilemma gibt es keinen Ausweg. Weil nun von den Arbeitern nichts mehr zu holen ist, kommen sie selbst an die Reihe. Am eigenen Leibe sollen sie jetzt erfahren, wie es tut, wenn der Arbeitslohn in frivoler Weise gekürzt wird. Fast so etwas wie Mitleid könnte einen überkommen, wenn man die Hilflosigkeit derjenigen sieht, die jetzt gerupft werden sollen. Sie, die die armen Weber mit grenzenlosem Zynismus so oft gerupft haben, sollen jetzt die gründlich Gerupften sein.

Der gegenwärtige Inhaber der Firma fungiert bei der Berliner Kaufmannschaft als Handelsrichter. Politisch dürfte er einer der freisinnigen Parteien angehören. Als Vorkonferenzmitglied schwört er sicher auch zum Mod. Der Herr Handelsrichter gehört zweifellos zu den Modpolitikern freisinniger Couleur, die in der Theorie für die Hebung des sogenannten neuen Mittelstandes eintreten. Zu diesem Stand rechnet man in erster Linie die kaufmännischen und sachtechnischen Angestellten. Wie man sich in der Praxis die Hebung des neuen Mittelstandes denkt, zeigt das Vorgehen des Herrn Handelsrichters. Bei einem der Herren soll der Gehaltsabzug 2000 Mk. pro Jahr betragen. Viele Angestellte sind schon mehrere Jahrzehnte bei der Firma in Stellung.

Anstatt über die ihnen widerfahrene Unbill wie Schulungen zu heulmeiern, anstatt sich den Antisemiten an den Hals zu werfen, sollten die Angestellten der Firma sich auf sich selbst bestimmen. Sie hätten alle Ursache, sich zusammenzuschließen zu einer Organisation oder sich der für ihre Kreise bereits bestehenden Organisation anzuschließen. Wenn sie das schon früher getan und nicht immer

naferumpfend auf die Arbeiterschaft herabgesehen hätten, wären sie heute nicht ein Spielball in den Händen ihres Arbeitgebers.

Wir aber sehen an diesem Vorgang, daß das Unternehmertum keinen Unterschied macht zwischen Arbeitern und Angestellten. Die letzteren haben deshalb allen Grund, nicht erst zu warten, bis sie in Not sind, sondern sich schon vorher um die Dinge um sie herum und die Desfentlichkeit zu kümmern. Sie sollten in dem Arbeiter nicht den Gegner, auch nicht das Ausbeutungsobjekt sehen, sondern den Mitkämpfer um Erhaltung auch ihrer Menschenrechte.

### Verbandstag der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Alljährlich findet ein solcher Verbandstag statt. Der diesjährige tagte Ende August in Jena unter der Leitung des Herrn Magistratsrats v. Schulz-Berlin und des Oberbürgermeisters Cuno-Hagen. Der Verband hat sich aus kleinen Anfängen heraus derart entwickelt, daß ihm heute mehr als 300 Gewerbe- und Kaufmannsgerichte angehören. Durch diese Entwicklung hat der Verband eine soziale Bedeutung erlangt und sozialpolitische Erfolge zu verzeichnen, die ihm nicht leicht streitig gemacht werden können, auch wenn die Bestrebungen, die sich neuerdings gegen die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte geltend machen, einen noch ernstere Charakter annehmen würden. Dieser Ueberzeugung gab auch der Vorsitzende des Verbandstages, Herr v. Schulz, Ausdruck, der den sozialpolitischen Maulwürfen riet, sich über die sozialpolitischen Erfolge der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an Ort und Stelle zu unterrichten, bevor sie ihre Wühlarbeit begännen. Namens der weimarschen Regierung begrüßte Regierungsrat v. Kostiz-Wallwitz den Verbandstag. Der Regierungsbekretäre wandte sich auch — wenn auch nur indirekt — gegen jene antisozialpolitischen Wühler, denn er wies darauf hin, daß die Betätigung des Laienelements an der Rechtsprechung und dem öffentlichen Leben überhaupt heute zu einem dringenden Erfordernis geworden sei, zumal alle nationale Kraft letzten Endes ihre Nahrung doch aus dem Volke ziehe. Man brauche nicht Optimist zu sein, um die segensreiche Einwirkung der Betätigung des Laienelements an der Rechtsprechung auf die Massen anerkennen zu müssen. Die Zusammenarbeit fördere das gegenseitige Verständnis und diene dem sozialen Frieden. Seitens der Handelskammer in Jena wies Herr Fischer begrüßend darauf hin, daß die Handelskammer, wenn sie auch Unternehmerinteressen vertrete, in sozialpolitischer Hinsicht doch mit den Arbeitern zusammengehen müsse.

Nach der Rechnungsablage durch den Magistratsrat v. Schulz kam man zur Entgegennahme des ersten Referats über „Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage“, das Gerichtsrat Dr. Brenner in München übernommen hatte. Der Redner meinte geistvoll und treffend, daß das Schiffslein „Sozialpolitik“, obwohl es zu den neuesten Typen gehöre, doch nicht der Klasse der Schnellsegler eingereicht sei, sondern im Gegenteil in den letzten drei Jahren seinen Kurs nahezu eingestellt habe. Bei dem großen Interessentstreite im wirtschaftlichen Leben könne zwar kein Automobiltempo für Sozialpolitik gefordert werden, denn die Erfahrungen von heute hätten den Weg für morgen zu bestimmen, doch der jetzige Zustand sei in Anbetracht der dringenden Bedürfnisse auf sozialpolitischem Gebiete ein außerordentlich beklagenswerter. Das einzige Produkt der letzten drei Jahre auf sozialem Gebiete sei die kleine Besserung, die mit der Einführung des sog. kleinen Befähigungsnachweises (Gesetz vom 30. Mai 1908) gebracht sei. Neben der Reichsgesetzgebung hätten auch die Landesgesetzgebungen auf diesem Gebiete versagt. Wohl lägen zurzeit einige Entwürfe vor, doch zeige sich bei ihnen auch wohl nur mehr der gute Wille als die Tat. Redner ging mit einigen Worten der Kritik auf einige dieser Entwürfe ein und forderte vom Verbands der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte die Befolgung des Mottos: „Nun erst recht Sozialpolitik!“

Rechtsanwalt Dr. Baum-Berlin sprach dann über „Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage“. Er erklärte dazu, daß die Wissenschaft des Arbeitsvertrages zwar noch neu sei, sich aber so außerordentlich schnell entwickelt habe, wie kein anderer Zweig der Jurisprudenz. Etwa 300 Werke seien bereits erschienen, so daß es fast den Anschein habe, als ob des Guten etwas zu viel getan werde. Lebhaft zu bedauern sei, daß die akademischen Lehrer sich so spät mit der Materie befaßt hätten. Lange Zeit sei Professor Lotmar der einzige gewesen, in neuerer Zeit hätten sich einige andere hinzugesellt. Obwohl der Referent dem ungeheuren Fleiß und juristischen Scharfsinn von Professor Lotmar Anerkennung zollte, glaubte er doch, daß Lotmar nicht immer genau die Grenze zwischen der Darstellung des Rechts und seinem politischen Standpunkt zu halten vermöge. Der Redner betonte, daß die gesamte Literatur anerkenne, daß die Fortentwicklung auf sozialem Gebiete wesentlich ein Verdienst der Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und des Verbandes sei, und er forderte weitere Beharrlichkeit in dem Drange nach Fortschritt und wies namentlich auf den beschämenden Zustand hin, der durch die Bestimmungen des § 153 der R.-G.-O. gegeben ist.

Danach sprach Magistratsrat Wölbliug-Berlin über: „Vertretung vor dem Einigungsamt“. Der Referent stellte folgende Thesen auf: 1. Das Einigungsamt soll nach Möglichkeit auf für die Rechtsverbindlichkeit der abzugebenden Erklärungen ausreichende, von nachträglicher Genehmigung unabhängige Vollmachten, erforderlichenfalls auf die Erweiterung der Verhandlungsvollmacht im Laufe des Verfahrens sehen. 2. Die Vorstände und Beamteten von Berufsvereinen sind als Vertreter dieser und anderer Beteiligter vor dem Einigungsamt zugelassen. 3. Die durch Mehrheitsbeschluß in einer Versammlung der Beteiligten bestellten Vertreter gelten auch als Vertreter der anwesenden Minderheit, soweit sie nicht zugleich in berechtigter Weise gegen den Beschluß Einspruch einlegt. Die Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung muß vorher öffentlich bekanntgegeben sein. 4. Eine Vollmacht zum Abschluß eines Tarifvertrages berechtigt zur Eingehung aller aus einem solchen Vertrage sich ergebenden Verpflichtungen. 5. § 31 des G.-G.-G. findet auf die Vertretung vor dem Einigungsamt keine Anwendung. 6. Die Prüfung der Legitimation der Vertreter vor dem Einigungsamt ist nötigenfalls durch die Gesetzgebung einem besonderen Beamten zu übertragen, der sich geeignetenfalls durch Teilnahme an den Versammlungen der Beteiligten über die Ordnungsmäßigkeit der Bestellung der Vertreter zu unterrichten hat. — Das Referat des Redners erstreckte sich lediglich auf die Begründung dieser Thesen.

Es folgte dann — Diskussion gab es zu diesem Punkte so wenig wie zu den beiden ersten — ein Referat des Magistratsrats v. Schulz über: „Angliederung der Schlichtungskommissionen an die Einigungsämter“. Redner führte hierzu aus, daß die Schlichtungskommissionen ihre Aufgabe, einigend zu wirken, in bester Weise erfüllen. Vorbildlich habe hier der Buchdruckerverband gewirkt. Redner ging dann auf das Wesen der Tarifverträge, auf die Einrichtung der Tarifämter und Schlichtungskommissionen ein. Verlangt werde zur besseren Information, Fortbildung und Ueberwachung von Tarifverträgen, daß die Arbeit des unparteiischen Vorsitzenden besonderen Bureaubeamten übertragen werde, was eine Anerkennung der Nützlichkeit und Notwendigkeit solcher Kommissionen durch die gesetzgebenden Körperschaften im Gefolge haben müsse. Ein solches von der oberen Verwaltungsbehörde einzuführendes Tarifamt soll auch die Befugnis haben, bei wesentlicher Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse oder der Marktlage einen Tarif auch vor Ablauf außer Kraft zu setzen.

Zu diesem Punkte setzte eine ziemlich lebhaftete Debatte ein. Cohn-Berlin führte Beschwerde darüber, daß das Berliner



Gewerbegericht, dem Herr v. Schulz vorsteht, unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Gert entschieden habe, daß Vertreter von Arbeiterorganisationen, die nicht mehr im Verufe tätig sind, nicht Sitz und Stimme in den Schlichtungskommissionen haben können, während nach Ansicht des Redners gerade diejenigen Arbeiter, die nicht mehr im Verufe tätig, die geeignetsten Vertreter seien. Cohen meinte, Theorie und Praxis ständen hier in Widerspruch. — Gewerkschaftssekretär Körsten-Berlin begründete seine Anfrage, ob auch Minderheiten in einem Betriebe allgemein gültige Tarife abschließen können, in vernünftigem Sinne mit der Begründung, daß ein solches Verfahren das Wesen der Tarife der Lächerlichkeit übergeben würde. — Gewerkschaftssekretär Erkelenz trat Körsten entgegen mit dem Einwande, daß, solange außerhalb des Arbeitsvertrages liegende Gründe die Arbeiter noch in verschiedene Organisationen trenne, man deren Bewegungsfreiheit durch Majoritätsbeschlüsse nicht einschränken dürfe. Körsten und Paeplow-Hamburg führten demgegenüber aus, daß es sich darum handele, daß solche Minderheiten nicht die offizielle Anerkennung bekommen. — Magistratsrat Wöbling sucht die von Cohen erwähnte Beschwerde auf Mißverständnisse zurückzuführen.

Stadtrat Dr. Flesch-Frankfurt a. M. sprach sich dann gegen den Gesetzentwurf betreffend die Arbeitsstammern aus, von denen er befürchtet, daß sie die Aktionsfähigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte erheblich schwächen könnten. Die Funktionen, welche man den Arbeitsstammern zugeordnet habe, könnten von den Gewerbegerichten ausgeübt werden. Auch sprach der Redner sein Bedauern darüber aus, daß von den gutachtlichen Neuerungen der Gewerbegerichte, die eine ungeheure Summe von Sachkenntnis und Autorität in sich vereinigen, so wenig Gebrauch gemacht werde. Zum Schluß stellte er als „Parole der Zukunft“ ein Zusammengehen der fortgeschrittenen Unternehmer mit den Arbeitern gegen Reaktion und Rückschritt auf. Der Redner erwähnte auch die vorbildlichen Einrichtungen der vom Prof. Abbé geschaffenen Karl-Beiß-Stiftung. Das gab Oberbürgermeister Cuno-Hagen Veranlassung, zu betonen, man solle Prof. Abbé nicht als Wohlthäter seiner Arbeiter hinstellen, was dieser gar nicht habe sein wollen, sondern als Umseher eines sozialen Rechts in die Praxis. Das Beispiel müsse für die künftige Ausgestaltung des Arbeitsvertragsverhältnisses vorbildlich sein, Professor Abbé habe die Kühnheit der Idee zum erstenmal in die Praxis umgesetzt.

Nach einem Resümee der Verhandlungen, das Oberbürgermeister Cuno gleichfalls gab, und Vollsug der Ausschusssitzungen, aus denen der bisherige Vertreter der Arbeiter, Paul Starke-Dresden, wieder hervorging, wurde der Verbandstag geschlossen.

### Alte und neue christliche Proben aus Schrehheim.

Im Juni 1907 wars, als nach vielen fehlgeschlagenen Versuchen es endlich gelang, dem Deutschen Textilarbeiterverbande einige Mitglieder in Schrehheim-Dillingen zuzuführen. Schon im Juli desselben Jahres stieg die Mitgliederzahl auf 35. Nun trat der Zeitpunkt ein, wo schon das bloße Bestehen einer Zahlstelle der Organisation eine wahre Verfechterin bei der Betriebsleitung der mech. Webfabrik auslöste. Gar mancher tüchtige Arbeiter, ja ganze Familien mußten plötzlich den Ort verlassen, weil sie es gewagt hatten, vom Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. „Sinaus mit den Hezern aus der Fabrik!“ schrie Direktor Köfel. „Sinaus aus Schrehheim!“ heulte die Masse frommer Christen nach. Die Arbeiterfamilien, welche die ganze Rache des gereizten Unternehmers vor einem Jahre fühlen mußten, haben anderswo Arbeit und Brot gefunden. Aber die Erinnerung an jene Episoden wird unversehrt bleiben, unversehrt bleiben, daß Mitarbeiter, fromme katholische Arbeitskollegen es waren, welche auf einen Wink des Fabrikdirektors sich auf die wenigen Gaben der Gemächseln in den Fabrikwohnungen stürzten und diese trotz Bitten kranker Frauen und unmündiger Kinder auf die Straße absetzten.

Die Verhältnisse haben sich geändert. Im Juli 1908 rief derselbe Fabrikdirektor wieder: „Die Hezern müssen hinaus!“ Diesmal galt dieser Rastandrat den Christlichen. Durch fortwährende Lohnreduktionen, immer jeweils bloß in einer Abteilung, war auch den fromm gesinnten Arbeitern die Geduld ausgegangen. Sie organisierten sich. Der christliche Textilarbeiterverband gewann in einiger Zeit annähernd 300 Mitglieder. Die zuletzt von einer abermaligen Lohnreduktion betroffenen christlich organisierten Knäuelrinnen setzten sich zur Wehr. Sie wurden entlassen. Die Solidaritätserklärung der meisten übrigen Arbeiter genigte dem Direktor Böje, zu erklären: „Allen organisierten Arbeitern mit einzelnen Ausnahmen ist gekündigt.“ Einige Stunden später nahm er die freigewerkschaftlich organisierten von der Kündigung aus. Es wäre nun nichts selbstverständlicher gewesen, als daß der Leiter der christlichen Organisation, Herr Peter Geier, sofort unseren Gauleiter von der Lage der Sache unterrichtet hätte, damit auch unsererseits im Interesse der Arbeiterchaft hätte eingegriffen werden können. Aber damit wäre ja der Zweck der so geschaffenen Situation für Herrn Geier verfehlt worden. Unsere acht Mitglieder verharren in einer ungelärten Situation. Wer ohne Kündigung den Betrieb verläßt, verliert einen Wochenlohn. Der Unterzeichnete war in Verwaltungsangelegenheiten der Organisation auf eine Woche nach der Entlassung der gekündigten Arbeiter nach Schrehheim gegangen und fand allerdings unsere im dunklen gelassenen Mitglieder noch an der Arbeit. Nach sofortiger Verständigung mit dem Hauptvorstand ging ich trotz aller oben gekennzeichneten Erfahrungen mit den Christlichen daran, unsere Mitglieder herauszubolen. Es gelang dies bei zwei Mitgliedern. Die übrigen sechs im Betrieb verbliebenen erhielten die Mitteilung des Ausschlusses. Des weiteren gelang es durch mein Betreiben, acht unorganisierte Arbeiterinnen zur Abreise zu bewegen.

Und nun betrachte man sich die „Bayerische Arbeiterzeitung“ des „wahrhaft“ christlichen Herrn Peter Geier. In Nr. 34 des nach christlichen Grundsätzen geleiteten Blattes heißt es nach einigen frommen Einleitungen: „Schrehheim. Hier haben wir eine der schandvollsten Handlungen zu verzeichnen, die je die Arbeiterbewegung gesehen hat. Sämtlichen organisierten wurde gekündigt. Etwas über 200 christliche und 3 sozialdemokratisch organisierte gingen aus dem Betriebe heraus und die anderen rot organisierten — ungefähr 30 — mit dem Vorstehen an der Spitze, fielen um und machen — Str. . . .! Auch hier muß man ebenso verwundert fragen: Wo waren die Führer? Wo war der „große“ Brüggemann, jener „Geld“ der Notizen??“

Wir wissen nicht, soll man sich mehr über die bodenlose Unverschämtheit des frommen Blattes oder über die große Geduld der angelangenen Leser deselben wundern. 30 Streikbrecher der Not! Die Wahrheit hätte der „Redakteur“ Geier ja ganz gut bei seinen Mitgliedern erfahren können, wenn er danach Bedürfnis hatte. Aber diese unglückliche Bewegung ist ihm augenscheinlich ja nur ein Mittel zur Hege gegen die anders organisierten Arbeiter. Wenn wir die Zahl der im christlichen Verband bis vor wenigen Wochen organisierten Arbeiter in Vergleich stellen zu denen, die früher zu uns gehörten, dann sind es von denen, welche die Aufklärungstätigkeit der Christlichen auf sich einwirken ließen, gerade neunmal so viel, nämlich 54, als die von uns wegen Streikbruchs gekennzeichneter, aber zur Reinhaltung unserer Organisationslehre ausgeschlossenen. Dies zu erfahren, wollen wir dem Ehrenmann Geier behilflich sein. Er soll sich an den Vorstehen seiner Schrehheimer Ortsgruppe wenden, der ihm das vorstehende ebenso befristigen wird, wie er das gegenüber dem Gauleiter Kollegen Brüggemann und dem Unterzeichneten getan hat. Nur so weiter!

Gar mancher der jetzt noch im christlichen Textilarbeiterverband verharrenden Arbeiter hat jetzt schon erkannt, daß es sich dort weniger um die Interessenvertretung der Arbeiterchaft handelt, als vielmehr darum, die nun einmal unvermeidlich gewordenen

Lohnkämpfe zu einer wüsten Hege gegen die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu benutzen. Wie diese Hege von den christlichen Textilarbeitern in Schrehheim selbst beklagt wird, dafür habe ich schon duzendfache Neuerungen an der Quelle gehört. Unsere Organisation wird weiter alles daran setzen, daß der Zugang von Arbeitern nach dem Streitgebiet ferngehalten wird. Daß von der Ausbreitung diesmal die Christlichen betroffen worden sind, hält uns nicht davon ab, mit der zur Verfügung stehenden Kraft gegen das Vorgehen der Fabrikleitung anzukämpfen. Auf Dant von christlicher Seite rechnen wir dabei nicht. Wir wissen, daß auch weiter von jener Seite mit Verdächtigungen gegen uns gearbeitet werden wird. Das ist eben der Unterschied zwischen unseren Organisationen und den Christlichen, daß unsere ganze Organisationsfähigkeit darauf gerichtet ist, der Arbeiterchaft materiell zu helfen, während der christliche Gegner, sein Heil in dem Auseinanderreißen der Arbeiterchaft suchend, das religiöse Glaubensbekenntnis, die Christlichkeit zur Schranke macht, an welcher sich die Hege und verschleierten Arbeitermassen brechen soll. Nicht also die Hege und Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterchaft ist Hauptzweck der christlichen Organisationsleiter, sondern die Betonung an sich nebensächlicher Anschauungen in außertwirtschaftlichen Fragen. Das Endziel, wenn überhaupt bei den christlichen Gewerkschaften von einem solchen gesprochen werden kann, ist die Beseitigung oder Verhinderung eines geschlossenen Klassenkampfes der Arbeiter gegen ihre wirtschaftlichen Gegner. Auch das Verhalten der christlichen Bezirksleitung ist offenbar von dem Wunsche diktiert, andere Gewerkschaften von der Teilnahme an ihren Kämpfen zurückzubalten. Die ganze Taktik, die Geheimnisträumerei, in welche alle Maßnahmen der Christlichen gegen die Betriebsleitung der Webfabrik gehüllt werden, zeigt, daß es ihnen ein lebhafter Wunsch ist, eine Angriffsfläche bei dem Deutschen Textilarbeiterverband zu suchen. Glauben sie dann eine solche gefunden zu haben, dann wird in ausgesuchter christlicher Weise das ganze Gift fanatischer Wut gegen die freiorganisierte Arbeiterchaft verspritzt. Die Führer des christlichen Textilarbeiterverbandes sollen uns einen einzigen Fall nachweisen, wo von ihnen so wie von uns in Schrehheim alles, was trennt, beiseite gesetzt worden ist, wo von Organisationswegen mit allem Nachdruck für die Sache der beteiligten Arbeiterchaft ohne Rücksicht darauf, von wem und gegen wen der Kampf geführt wurde, gewirkt worden ist. Wenn der christliche Textilarbeiterverband in den verschiedensten Gegenden alle die aus seinen Reihen ausgeschlossenen hätte, welche bei Streiks und Ausbreitungen unseren Kollegen in den Rücken gefallen sind, dann wäre mancher große Riß in ihre Reihen gekommen. Schreiber dieses Artikels ist selbst bei der Direktion der Webfabrik vorstellig geworden, um die Wiedereinstellung aller Ausgesperrten zu erzielen.

Man quittiert darauf von christlicher Seite mit den ungezogensten Angriffen gegen unseren Gauleiter. Besonders hat es ihnen ein Flugblatt angetan, welches im ganzen Gau verbreitet wurde. Die Hege, welche die Geier und Genossen dabei gegen Brüggemann führen wollen, treffen völlig daneben.

Man kann die Herzenswünsche der christlichen Leitung ganz gut erraten. Der Kampf in Schrehheim dauert ihnen zu lange. Man hat auf jener Seite das Bedürfnis, einen Sündenbock für den Abbruch des Kampfes zu suchen. Man will nach verlorenem Kampfe nach hergebrachtem christlichen Brauch die Arbeiter mit frommen Sprüchen abspülen.

Aber diese Speise mundet auch den christlichen Arbeitern in Schrehheim nicht mehr. Auch dort greift die Einsicht immer mehr um sich, daß der Klassenkampf der Arbeiterchaft gegen den Kapitalismus ein Mittel für die Arbeiter sein muß, zu den höchsten Höhen menschlicher Erkenntnis emporzusteigen, nicht aber soll die Aktionsfähigkeit der Arbeiterchaft unterbunden werden durch Methoden, wie sie Herr Geier liebt.

Arbeiter von Schrehheim, bedankt euch bei Peter Geier, dem „großen Strategen“, daß er euch in einen unvorbereiteten Kampf geführt, der nur gewonnen werden kann, wenn sich der christliche Führer mit aller Gewalt gegen seine anerzogene Lebensgewohnheit auflehnt, mit Verdächtigungen eine Sache der Arbeiter zum Siege führen zu wollen. Wie lange noch wird es eine solche Zahl von Arbeitern in Bayern geben, welche durch Verdrehungen davon abgehalten werden, selbst zu erkennen, daß nicht weniger als die ganze geschlossene Kraft der Arbeiter dazu gehört, den gemeinsamen Feind niederzurufen!

„Die christliche Arbeiterbewegung steht auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung“ hören wir in tausend Variationen die Vertreter des neuzeitlichen Christentums ausrufen. Wir setzen diesem Motto die Parole entgegen: „Mit der Ueberwindung alles dessen, was uns in Fesseln hält, mit der Beseitigung der privatkapitalistischen Produktions- bzw. Ausbeutungsweise zerfällt die ganze priestergesegnete göttlich-bürgerliche Weltordnung.“ Möge Schrehheim unserer ganzen Kollegenschaft im Reiche zeigen, wie von christlicher Seite die Interessenvertretung der Arbeiterchaft von den Patentchristen verstanden wird! Vorwärts! Vor denen um Geier!

Anton Rößlich, Augsburg.

### „Christliches“ aus Biersen.

In den Nummern 34 und 35 der „Christlichen“ Textilarbeiterzeitung spieit ein „Wahrheitsliebender“ einen Komposthaufen Geistesextremamente aus — Gossendred, der sein christlich-katholisches Innere erleichtert. Seinem Abhub pflanzt er dann den „Hohenzollern-Wahlspruch“ „Jedem das Seine“ auf. Ausgerechnet Hohenzollern-Wahl! — wie da seine respektmäßigste „Geschichtsbekanntnis“ glänzt! Uns fällt ein: „Mit solchem Pack muß man sich herumschlagen“, soll auch ein Hohenzollern-Ausspruch sein.

Jauche, mit Zollern-Sprüchen garniert, kann nun zwar nicht jedermanns Leibessen bilden; doch über Geschmäcker soll man nicht streiten. Zumal sie für die Ideen der modernen Arbeiterbewegung gleichgültig bleiben — was kümmert es die Denkmäler der Großen, wenn die Hunde sich in der bekannten Weise mit ihnen beschäftigen.

Unsere Filialvorstände sei eingeschärft, daß, wenn die Verhältnisse es erheischen, mit „christlichen“ Funktionären gemeinsam zu arbeiten, ihr Verhalten ein gewissenhaftes und höfliches sei, aber nichts weiter! Darüber hinaus tun sie gut, sich von dieser Gesellschaft fernzuhalten. Dann laufen sie am wenigsten Gefahr, daß nachher ihre Ausführungen gegen sie ausgehlahtet und ihnen die Worte im Galse herumgedreht werden. Die Erfahrungen des Kollegen Ludwig mögen allen eine Lehre sein. —

Ueber den Streit bei Pongs u. Zahn sei kurz folgendes bemerkt. Es handelte sich um die Abwehr einer Lohnreduzierung. In der ersten Versammlung konnte ein Mitglied des Gewerkschaftes nicht anwesend sein. Diesen Umstand glaubte Pösch klug auszunutzen zu können, um unseren Verband in seiner Weise einzuflechten. Der Mann hält sich nämlich für schlau. Er richtete seine Schwadronne so ein, daß seine Mitglieder glaubten, Pösch habe damit die Genehmigung zum Streik gegeben. Nur der „Not“ war wieder nicht zu haben, wo es sich darum handelte, „dran“ geben zu müssen. Nächsten Tags wurde schon in M.-Glabach die Mär von der Genehmigung des Streiks durch den „christlichen“ Verband erzählt, aber deutschersie sei eine solche nicht vorhanden. Das ging Pösch ganz nach Wunsch. Zum Streik würde es ja doch nicht kommen, sondern die Firma würde er schon durch Verhandlungen müde kriegen. Aber seine Kalkulation war falsch. Als die Sache zu brennen begann, wurden die Gauleiter und der „christliche“ Bezirksleiter gerufen. Vor denen haben christliche Mitglieder des Ausschusses energisch behauptet, daß Fr. Pösch ihnen die Genehmigung zum Streik gegeben habe, während dessen Bruder, der Bezirks-

Leiter Pösch, erklärte, davon könne gar keine Rede sein, ihr Zentralvorstand habe noch gar nicht Stellung dazu genommen! Die Auseinandersetzung, die sich dann zwischen Fr. Pösch und seinen Ausschusmitgliedern entspann, hat den ersten genügend gekennzeichnet. Wir haben sofort seine rabulistische Taktik erkannt, und der Bezirksleiter schwing aus wohlmeyelichen Gründen. Auf Vorschlag des Gauleiters ist dieser mit dem „christlichen“ Bezirksleiter dann noch einmal vorstellig geworden, und im übrigen hatten beide sich zu bemühen, einen Beschluß ihres Zentralvorstandes herbeizuführen. Darauf bekamen unsere Mitglieder schon am nächsten Morgen die telegraphische Genehmigung durch unseren Zentralvorstand zugefellt. Das Vorstelligwerden ist ganz erfolglos geblieben, und so kam es zum Streik. Trotz der Genehmigung hat jedoch der Gauleiter mit vier wärmsten Eindringlichkeit eine Kündigung zu verhindern gesucht, weil die Situation außerordentlich gefährlich wurde. Nach seinen Ausführungen konnte kein Erwachsener mehr über die Sachlage im unklaren sein. Als jedoch trotzdem die Belegschaft, die zur Mehrheit aus Christlichen bestand, in geheimer Abstimmung mit übergroßer Mehrheit die Kündigung beschloß, ist vom Gauleiter ausgeführt worden, daß jetzt seine Organisation bis zum äußersten für sie einreten werde, daß aber die Belegschaft selbst auch zu den größten Opfern bereit sein müsse, und jeden Beschluß über Beendigung oder Fortführung des Streiks nur gemeinsam mit den Verbandsleitungen fassen dürfe. Sie hat in rühmlicher Weise Wort gehalten. Denn nur einige ungeschulte Mitglieder vom „christlichen“ Verband haben die Arbeit aufgenommen. Dagegen hat die Gesamtheit in voller Einigkeit ausgehalten, trotzdem die „christliche“ Leitung durch öde Schimpfereien und eine unverantwortliche Verdächtigung gegen unseren Vorstand dieselbe aufs schwerste gefährdete. Der Streik war kaum ausgebrochen, da begann schon die Treiberei in den „christlichen“ Versammlungen und der lokalen Tagespresse. Reimes und Ludwig waren auf der Generalversammlung in Leipzig. Das nützte der noble Bundesgenosse für seine Zwecke aus. Unsere Mitglieder sandten aus voller Entrüstung die Zeitungen nach Leipzig, in denen jene Verdächtigungen abgelagert waren. Nun, Pösch hat seine Absicht trotz alledem nicht erreicht, denn die Leitung unserer Mitglieder lag auch in der Abwesenheit von Reimes und Ludwig in guten Händen. Und die eigenen Mitglieder haben ihm schließlich so eingezeigt, daß der ratlose Pösch, der heute bremste, morgen zum radikalsten Draufgänger werde.

In den letzten Wochen des Streiks sind dann Verhandlungen erfolgt, bei denen Pöschs Lichtlein ziemlich jämmerlich geleuchtet hat, dieweil Fabrikanten keine christlichen Mitglieder sind, die in Ehrfurcht vor einem großen — Mund ersterben. Man merke: Nach langwierigen Verhandlungen kam schließlich ein Vergleich heraus, auf den hin die Arbeit aufgenommen wurde. Die Abmachungen wurden zu Papier gebracht und vom Ausschuss, den Kollegen Ludwig und Fr. Pösch, Organisationsvertreter par excellence, unterzeichnet. Und als nach ein paar Tagen das Ding zum Ausbruch kam, stellte es sich heraus, daß sie etwas ganz anderes unterschrieben hatten, als was sie mündlich mit dem gewiegten Fabrikanten abgemacht haben wollten! Sie hatten unterschrieben, ohne vorher zu lesen, — „im guten Glauben“. O sancta simplicitas! Der Streik war fast vollständig für die Kap' gewesen! Und dieser Unglücksmannd, der solch ungläubliche Böde bei dieser Bewegung geschaffen, der sich auf die Hosen setzen und lernen sollte, spektakel wie ein Marktbudenschreier. Aber so ist es gewöhnlich: Die höchsten Töpfel klingen am lautesten. Unsere Kollegen sollten ihm nicht darin folgen, den gewerkschaftlichen Meinungskampf auf die niederste Stufe herabzudrücken. Solche Bramarbasse werden in kurzer Zeit schon an ihren Taten erkannt. Unbekümmert um ihr Geschimpfe muß jeder und jede seine Kraft dem Vorstand zur Verfügung stellen, um die alten Mitglieder zu schulen und den Verband durch neue Mitglieder zu stärken. Die Werbearbeit für unseren Verband ist die beste Antwort auf alles fanatische Geschrei. Schimpfereien sind keine Ideale, mit denen man die Arbeiter zusammenhält. Kommt eine bessere Zeit, siegt bei der geknechteten Arbeiterchaft der natürliche Klasseninstinkt, und sie nimmt auf der ganzen Linie den Kampf auf gegen ihren gesellschaftlichen Gegner, das ausbeutende Kapital.

„Jedem das Seine!“ soll in einem viel edleren Sinne Wahlspruch denkender Arbeiter und Arbeiterinnen sein, als in dem der ordinärsten Verhegung gegeneinander. W.

### Der Herr Ehrenpräsident der christlichen Gewerkschaften in Mülhausen in Elsaß.

Wir erhielten folgendes Schreiben:

Verächtigung:

In der Nr. 36 des „Textilarbeiter“ vom 4. September 1908 berichten Sie in einem Artikel mit der Spitzmarke: „Der Herr Ehrenpräsident der christlichen Gewerkschaften in Mülhausen i. E.“ über eine Auseinandersetzung, die in einer Sitzung des Mülhauser Armenrates zwischen Arbeiterssekretär Genossen Widj und Herrn Pfarrer Cethy stattgefunden haben soll. Am Schlusse dieses Artikels stellen Sie die Behauptung auf, Herr Pfarrer Cethy sei Ehrenpräsident der christlichen Gewerkschaften Mülhausens. Hierzu stellen wir fest, daß die Mülhauser christlichen Gewerkschaften weder einen Ehrenpräsidenten noch Ehrenmitglieder haben. Der Vorstand des christl. Gewerkschaftskartelles für Mülhausen und Umgebung.

J. A.:  
Geinrich Buchmann.

(Wir haben jenen Artikel der „Mülhauser Volkszeitung“ entnommen. War vielleicht Herr Pfarrer Cethy einmal Ehrenpräsident der christlichen Gewerkschaften in Mülhausen? Doch je dem wie ihm wolle — wir nehmen gern von der Versicherung, daß Herr C. es jetzt nicht ist, Notiz; zeigen doch die Christlichen damit, daß sie vom Herrn C. jetzt nichts mehr wissen wollen. Die Redaktion.)

### Betrübte Lohgerber.

Unter dieser Spitzmarke wendet sich — nur sehr schwach — die christliche „Textilarbeiterzeitung“ gegen die von Lachen über die Haltung der Christlichen in Sachen des Zweistuhlsystems abgedruckten Artikel. Sie sagt dabei unter anderem, wir hätten dem Einsender einen bösen Streich gespielt, indem wir auf Seite 279 der Nr. 35 geschrieben hätten:

„Wir schlagen vor, daß in allen Nationen die Organisationen angehalten werden, ihre Forderungen hinsichtlich der Arbeits- und Lohnbedingungen geltend zu machen in der Richtung der Verminderung der Konkurrenz, welche Unternehmer mit der menschlichen Arbeit treiben; sie müssen unverzüglich höhere Löhne verlangen, unter Bereiterklärung zur Annahme von mehreren Stühlen, jedoch nur auf der Basis einer Erhöhung des Lohnes für jeden Stuhl in allen Zweigen der Textilindustrie.“

Natürlich haben wir das nicht geschrieben, sondern, wie ja deutlich gesagt ist, unser französischer Kollege Renard. Wir teilten also nur mit, was die französischen Kollegen dem Kongreß vorlegen wollten. Aber auch sie erklären damit noch nicht, daß die Bedienung von zwei Stühlen bei so schweren Arbeiten, wie die Nachener Tuche es sind, zulässig sein soll. Sie wollen die Konkurrenz vermindern, welche Unternehmer mit der Arbeitskraft treiben und die Arbeiter sollen deshalb höhere Löhne verlangen, wenn sie sich zur Annahme von mehreren Stühlen bereit erklären.



Daß dies letztere natürlich nur da geschehen soll, wo prinzipiell nichts gegen die Bedienung von zwei Stühlen einzuwenden ist, beruht sich von selbst. In Aachen wie in der gesamten schweren Industrie muß man schon deshalb im Prinzip gegen die Zweifelhilfsbedienung sein — auch die Franzosen —, weil dieselbe gesundheitliche Gefahren schwerer Art in sich birgt. Das wissen die Kollegen in Verbiers, die schon in mehreren Proschüren seit mehr denn einem Jahrzehnt die Gefahren dieser Arbeitsweise anschaulich geschildert haben. Wo unsere französischen Kollegen die Macht dazu haben, werden auch sie bemüht sein, das Zweifelhilfsystem abzumenden; das zeigt schon ihr neuerlicher Beschluß, von der Gefekgebung ein Verbot der Bedienung von mehr als zwei Stühlen zu fordern. Sie würden diese Forderung wohl auch auf den zweiten Stuhl ausgedehnt haben, wenn das Zweifelhilfsystem für leichtere Arbeiten nicht schon zu sehr verallgemeinert wäre. Das ist aber kein Grund, es auch dort Fuß fassen zu lassen, wo die Möglichkeit seiner Abwehrung noch vorhanden ist. Und das war unserer und der Meinung unserer Aachener Kollegen nach in Aachen der Fall. Die Christlichen waren ja lange Jahre auch selber dieser Ansicht. Um dies jetzt zu verschleiern, rufen sie uns nun zu Kronzeugen dafür auf, daß sie — nicht ihre Ansicht wie ein schmutziges Gemd gewechselt haben, sondern nur unserer Ansicht seien, was sie an einer Auslassung nicht von uns selbst, sondern von einem oder mehreren Kollegen in Frankreich zu beweisen suchen, wobei sie natürlich fein verschweigen, daß das unsere Ansicht gar nicht ist. Ein ebenso bequemes wie jesuitisches Verfahren; nie ist der — jesuitische Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel“ — besser befolgt worden.

## Aus der Bewegung in der Textilindustrie. Deutsches Reich.

### (Wochenbericht.)

**Bewegungen von besonderer Bedeutung** haben wir auch diese Woche nicht zu verzeichnen, außer denen, die, wie die Bewegung der Spizentweber in Zwidau, besondere Behandlung in diesem Blatt finden.

**In der mechanischen Striderei von Aug. Arnold in Zwönitz** sind zwölf Kollegen und Kolleginnen wegen ihrer Verbandsangehörigkeit gemahregelt worden. Wir bitten die auswärtigen Kollegen, dies zu beachten.

### Husland.

**Oesterreich.** Die Weber der Firma Weiß u. Götz in Biala sind seit dem 24. August ausgesperrt. Der Hauptgrund der Aussperrung besteht in der Nichteinhaltung von Vereinbarungen, die vor einigen Monaten beim Abschluß eines Streiks getroffen wurden. — Erhöhungen der Lohnerstundenlöhne auf 32 Heller wurden bei der Firma Labin in Biala erzielt, bei zwei anderen Firmen daselbst wurden die Tagelöhne für Vorarbeiten usw. um 20 Proz. erhöht. — Die Arbeiter der Bortelfabrik von Joseph Pionka u. Co. in Mainburg haben ihren seit vielen Monaten so tapfer geführten Streik aufgegeben. Nachträglich hat die Firma aber einige Zugeständnisse gemacht: den Bohnentag an Stelle des bisherigen eifftündigen und 20 Proz. Lohnerhöhung. Diese Zugeständnisse kommen natürlich unmittelbar den Streikbrechern, die nun dort in Arbeit stehen, zugute, mittelbar aber der gesamten Arbeiterschaft. — Die Aussperrung in Neubrück dauert immer noch fort. Sie währt nun schon 31 Wochen. — Auch der Streik bei der Firma Hallwachs in Stadt Liebau dauert nun schon 12 Wochen. — Desgleichen währt der Streik der Ueberständerer in Wien noch fort. — Sonntag, den 30. August, fand in Haslau eine Hausweberkonferenz statt. Vertreten waren die Orte: Gottmannsgrün, Liebenstein, Seeburg, Haslau, Eichelberg und Steingrün durch 24 Delegierte. Von der Union war Ganusch, von Ach Dorisch und der Reichsratsabgeordnete Dötsch anwesend. Das Referat erstattete Ganusch. An der regen Debatte beteiligten sich Dorisch, Vaier, Seidel, Kohl, Söllner, Böhm, Baumgartl und Dötsch. Es wurde beschlossen, in jedem Orte ein Komitee einzusetzen, welches die notwendige Hausagitation betreiben soll. Diese Agitation soll durch Versammlungen und ein Flugblatt unterstützt werden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird diese Konferenz in kurzer Zeit ihre Früchte tragen.

**Schweiz.** Der Konflikt zwischen der Sideriefirma Heine in Arbon und ihren Arbeitern ist mit Ende August nach 22wöchiger Dauer nun doch beendet worden. Beide Parteien haben Konzessionen gemacht. 800 Arbeiter waren ausgesperrt. Außer vier Mitgliedern der Fabrikkommission werden alle Arbeiter wieder sukzessive eingestellt. In der Lohnfrage wurden einige Zugeständnisse erreicht. Sonst ist der von der Firma aufgestellte Lohnstarif angenommen worden. An Unterstützungen wurden von der Organisation 90 000 Frank verabsolgt.

**Dänemark.** Ein Streik bei den Posamentierern ist noch nicht ausgebrochen. Die Meister haben sich noch bis zum 15. September Bedenkzeit erbeten, die ihnen bewilligt wurde. Die Arbeiter haben daher die Forderung der Anerkennung ihrer Forderungen bis zu diesem Zeitpunkt hinausgeschoben. Zugang ist natürlich streng fernzuhalten.

## Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. Deutsches Reich.

**Die Rohrleger in Berlin streiten.** Sie wollen die Verlängerung des am 1. September abgelassenen Tarifs erzwingen. Soweit sie in der mehr lokalen Vereinigung, dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband, organisiert sind, haben sie aber beschloffen, sich dem Streik fernzuhalten; an diesem sind also eigentlich nur oder doch in der Hauptsache Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der großen Zentralorganisation, beteiligt. Die Vertreter vom Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband empfehlen den Arbeitern, den verschlechterten Tarif der Unternehmer anzunehmen. Das geschah. So ist es Tatsache, daß ein Teil von den Berufscollegen streikt, ein anderer Teil als Unternehmertruppe sich betätigt. Dieselben Leute, allen voran Herr Wiefenthal, welche dem Deutschen Metallarbeiterverband Angst und Furcht vor dem Unternehmertum vorwerfen haben, zeigen jetzt, daß sie, nur um Gnade vor den Augen der Unternehmer zu finden, jedem Anerbieten derselben zustimmen, gleichviel ob es eine Verschlechterung für die Arbeiterschaft bedeutet oder nicht. Vielleicht fehlt es ihnen an den notwendigen Moneten, sich auf einen Kampf einzulassen zu können. Das zeigt wieder, wozu die Zersplitterung der Arbeiter führt. — Die Rohrleger und Helfer, welche, gezwungen durch die Haltung der Arbeitgeber, den Kampf aufnehmen müssen, werden ihre Stellung verteidigen, trotz des Verrates seitens der eigenen Arbeitsgenossen und trotz des Uebermutes der Unternehmer.

### Von der Agitation.

Um den Arbeiterinnen der Zutefabriken und der Wollkammereien im besonderen und der Arbeiterschaft im allgemeinen den Nutzen der Organisation in Zeiten der Krise vor Augen zu führen, hatten die rührigen Ortsverbände in Vegeack, Bremen, Gemelungen und Delmenhorst einige Versammlungen veranstaltet, von denen zwei unter sehr schlechtem Besuch zu leiden hatten.

Als Ursache ist ja vielleicht, wie an anderen Orten auch, die durch die Krise hervorgerufene Gedrücktheit der Arbeiterschaft zu bezeichnen. Immerhin hätten aber gerade in den Orten, wo die Einführung ausländischer Arbeitskräfte durch die Unternehmer gewissermaßen englos betrieben wird, die Arbeiter und Arbeiterinnen alle Ursache, sich mehr um ihre Organisation und deren Veranstaltungen zu kümmern.

Jene Textilbarone, die sich stolz in die Brust werfen, wenn sie sich selbst als Stützen des Staates bezeichnen, sie betrachten die Gebung des nationalen Wohlstandes als nur für sich bestehend und holen sich zur Verbesserung ihrer Lage Arbeitskräfte aus den kulturell am tiefsten stehenden Gegenden. Polen, Galizier, Tschechen, Ruthenen, eine bunt zusammengewürfelte Arbeiterschaft, deren beispiellose Bedürfnislosigkeit sprichwörtlich ist, werden als Lohnbrüder herangezogen, um die Löhne der einheimischen Arbeiter, in deren guter Lebenshaltung und Widerstandsfähigkeit doch allein der nationale Wohlstand beruht, auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten.

Diese armen, unter den glänzendsten Versprechungen hergelockten, den deutschen Verhältnissen ganz verständnislos gegenüberstehenden Geschöpfe werden von der Wohlfahrtsplage fast erdrückt, und nur die Urteilslosigkeit der fremdsprachigen Ausbeutungsobjekte kann die Gefahr verkennen, die nicht nur für sie selbst, sondern auch für die einheimischen Arbeiter in den verschiedenen von den Unternehmern ins Leben gerufenen Einrichtungen liegt, die diese phrasenhaft als dem Wohle der Arbeiter dienend preisen. Daß die Unternehmer auch bei den sogenannten Wohlfahrtsinstitutionen nur ihr eigenes Wohl im Auge haben, hat die Praxis längst gelehrt, erfahren die armen fremdsprachigen Ausbeuteten täglich aufs neue.

Daß diese Einrichtungen im allgemeinen keine großen Unterschiede aufweisen, sei an einigen Beispielen gezeigt. Die Wollkammerei Bremen, die an ihre Aktionäre am Schluß des letzten Geschäftsjahres 14 Proz. Dividende verteilen konnte, zahlt zu den Wohltätigkeitsinstitutionen auch die zur Krankentasse und Invalidenversicherung zu zahlenden Beiträge und rühmt sich, die Arbeitszeit freiwillig von 11 auf 10 Stunden verkürzt zu haben. Daß es ihr trotz der, wie sie in ihrem Geschäftsbericht Glauben machen will, dadurch hervorgerufenen Produktionsverminderung dennoch möglich war, 14 Proz. Dividende zu verteilen, ist jedenfalls der beste Beweis für die Rentabilität der verkürzten Arbeitszeit.

Wie die Wohlfahrtsinstitutionen, für deren Erhaltung ganz bedeutende Summen in den Geschäftsberichten eingestellt sind, sonst beschaffen sind, damit behelligt die Wollkammerei Bremen die Leser des Berichts nicht.

Und doch wäre es zweifellos interessant, zu wissen, daß im Arbeiterheim der Firma vier Mann ein Zimmer haben, ihnen zur Befriedigung ihres Reinlichkeitsbedürfnisses ein Waschbecken zur Verfügung steht, Wassertrüge unbekannte Dinge sind, der diese ergebende einzige Eimer auch mit als Waschbecken, ja sogar zum Waschen von Fußlappen mitbenutzt wird. Für Logis in diesem Arbeiterheim, Mittagessen, früh Kaffee, zahlen die Leute 5,40 Mk. pro Woche an die Firma. Auch Familienheime sind vorhanden, nur meist überfüllt, man weiß sich aber zu helfen, indem man die weit hergereisten Familien einfach auseinanderreißt und die Familienglieder in der Männer- resp. Frauenabteilung unterbringt. Die Hausordnung verbietet auf das strengste, daß Personen verschiedener Geschlechter innerhalb der Heime miteinander sprechen. Mit der nur ihnen eigenen Dreifigkeit behaupten diese Leute, der Sozialismus zerstöre die Familie, nicht etwa diejenigen, die solche Hausordnungen verfägen.

Die Löhne sind natürlich äußerst niedrig, Frauen 1,70 bis 2,20, Männer 2,90 bis 3,70 Mk. pro Tag. Nachtschicht wird noch oft verlangt und geleistet, ebenso Sonntagsarbeit ohne jeden Zuschlag natürlich. Die Firma scheint überhaupt der Meinung zu sein, daß der Lohn durch Ueberstundenarbeit verbessert werden müßte. Der von den Arbeitern für Sonntagsarbeit oder Nachtschicht geforderte Lohnzuschlag von 0,50 Mk. wurde von der Firma als unerfüllbare Begehrlichkeit bezeichnet und abgelehnt, dagegen wurde ein Arbeiter, der 1½ Jahr im Betrieb beschäftigt war und sechs Wochen Nachtschicht geleistet hatte, plötzlich wegen Kurzsichtigkeit entlassen, mit der Begründung, man hätte ihn nur aus Mitleid beschäftigt. Wer im Dienste des Kapitalismus sein Augenlicht einbüßt, den setzt man einfach auf die Straße; wenn Arbeiter die Ueberstunden, für die kein Lohnzuschlag gezahlt wird, herbeigern, werden sie entlassen. Die Arbeiter sollten sich aber merken, daß Verweigerung von Ueberstunden kein Entlassungsgrund nach dem Gesetz ist.

Die Direktoren dieser Firma, die gegen 2000 Leute beschäftigt, sitzen im Blumenthaler Gemeinderat und bewilligen dort für den Gafatistenbund die Mittel zur Unterdrückung und Enteignung der Polen, die sie sich von gewissenlosen Agenten zur Ausbeutung heranschleppen lassen.

Wie lärmend diese Wohlfahrtsplage auf Partei und Gewerkschaftsversammlungen wirkt, empfinden die Delmenhorster Kollegen schon seit langem besonders schmer.

Die Hausordnung der dortigen Heime befiehlt jedem, um zehn Uhr zu Haus zu sein, und verbietet allen Heimbewohnern die Zugehörigkeit zur Organisation. Daß dies Verbot ein Schlag ins Wasser ist, beweist die Zahl der dortigen Mitglieder. Selbst die Tatsache, daß die Direktion unseren Kollegen gegenüber von ihrem Hausrecht Gebrauch machte, und das Hausflasteren in den Arbeiterhäusern verbot, wird die beabsichtigte Wirkung nicht erzielen. Die Anklage wegen Hausfriedensbruch gegen unsere tätigen Kollegen wird vielmehr den Bewohnern dieser Arbeiterwohnungen die Erkenntnis aufdämmern lassen, daß sie nicht freie Arbeiter, sondern von dem Unternehmer und seinen Handlangern abhängige Sklaven sind.

Auf welche Weise versucht wird, die Versprechungen zu verwirklichen, mit denen man die Leute aus ihrer Heimat fortgelockt und in die nordwestdeutschen Industriegebiete übergeführt hat, schilderte ein junger Kollege, der auch einmal Bewohner des Burschenheims war. Danach haben die Leute 1 Mk. pro Tag für Kost und Logis zu zahlen. Kartoffel und Brot bilden die Hauptbestandteile der Kost. Fleisch, Wurst und Butter kennen die Leute nur dem Namen nach! Ob die Arbeiter aus solcher Kost die nötigen Kräfte für die Ausübung des Arbeitsprozesses gewinnen, scheint Nebenfrage zu sein. Sehr deutlich blüht aber der Vorteil, den die Firma aus diesem Wohlfahrtsunternehmen zieht, hindurch. Der Verdienst der Arbeiter wird von der fürsorglichen Firma durch den Hausmeister, der auch Meister im Betriebe ist, verwaltet. Wenn irgend etwas gekauft werden soll, verlangt der Eigentümer Geld. Er bekommt es allerdings nur, wenn er angibt, was er damit anfangen will, mit der Bedingung, die gekauften Sachen vorzuzeigen. Und dann noch gibt man es ihm sehr ungerne. Auf diese Weise ist es aber möglich, bei 26 Insassen des Burschenheims mit 2000 Mk. Ersparnissen zu paradien. Wenn dann die Weiber dieser ersparten Summen wieder mal ihrer Heimat zuwandern, so trägt der Besitz des mitgebrachten Geldes dazu bei, dem Unternehmer neue Ausbeutungsobjekte zuzuführen. Das Gift der Aufklärung weiß ja die Firma von ihren Leuten fernzuhalten; wer nicht um 10 Uhr im Hause ist, muß eben draußen bleiben, wenn er kein guter Kletterer ist.

Eher schlimmer noch als besser sind die Verhältnisse in den Arbeiterinnenheimen, die im Zusammenhang mit solchen Einrichtungen anderer Orte einmal besonders behandelt werden sollen. Neben diesen Einrichtungen besteht noch die vierzehntägige Lohnzahlung und das Prämienystem. Die Zutefabrik Bremen zahlt denen, die sich 10 Jahre abgefunden haben, nach Ab-

lauf dieser Zeit 15 Mk. Prämie, 1,50 Mk. pro Jahr dem Arbeiter, der Tag für Tag in Staub und Gestank sein Leben hinbringen muß, und 16 Proz. Dividende werden als Entbehrungslohn an die Aktionäre gezahlt; das nennt man ausgleichende Gerechtigkeit.

Auch Einsegnungsunterstützung gewährt die Firma den Eltern, die ihre Kinder nachher in der Fabrik arbeiten lassen.

Trotz aller dieser Wohlfahrtsinstitutionen kann man von Zufriedenheit der Arbeiter nichts merken. Undankbar, wie Arbeiter nun einmal sind, fangen sie sogar an, alle diese Einrichtungen als eine Kette zu empfinden, die sie an die Betriebe fesselt. Mit gemischten Gefühlen müssen die Direktoren wahrnehmen, daß selbst die Ausländer anfangen, zu rebellieren. Auch das geduldigste Geschöpf bäumt sich auf, wenn es zu schwer unter der Geißel der kapitalistischen Ausbeutung leidet.

Eine traurige Ausnahme macht die Arbeiterschaft der Bremer Lautwerfzfabrik in Grohn, die darum nicht in die Versammlung zu kommen für nötig hält, weil eine angekündigte Produktionsbeschränkung von täglich zwei Stunden zurückgenommen wurde, als die Firma wieder Aufträge erhielt. Eine gleichzeitig vorgenommene Lohnreduktion haben die Arbeiter einfach hingenommen und durch doppelte Anstrengung ihrer Kräfte den Lohnausfall gedeckt. Ihre Organisationsleitung davon in Kenntnis zu setzen und mit deren Hilfe Verhandlungen anzubahnen, hielt man nicht für nötig, das überließ man einfach dem Zufall.

Bittere Klagen über schlechtes Material werden überall laut. Die Gemelinger Spinnerinnen berechnen ihren Lohnausfall durch die Verarbeitung von schlechtem Material auf 0,30—0,50 Mk. pro Tag. Dazu kommt noch häufiges Warten auf Material ohne Entschädigung. Um den Ausfall zu decken, nutzen einige die Pausen aus, während deren man die Maschinen laufen läßt.

So wächst die Erbitterung überall. Wenn irgend etwas geeignet ist, der Arbeiterschaft die Augen darüber zu öffnen, wo ihre Interessen vertreten werden, so ist es die Willkür, mit der die Arbeiter jetzt, in der Zeit der Krise, behandelt werden. Auch diese Zeit wird vorübergehen; es ist nicht die erste Krise, die die Textilarbeiterschaft zu bestehen hat. Die Ortsverbände setzen alles daran, die Leute zusammenzuhalten, sie für kommende Kämpfe zu erziehen.

Wenn dann die Konjunkturverhältnisse sich bessern, werden die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zutefabriken und Wollkammereien dem Unternehmertum die Ueberzeugung beizubringen wissen, daß ihre Organisation, der Deutsche Textilarbeiterverband, kein Gebilde ist, die Arbeiter zu verheizen, wie die Unternehmer im Kampf gegen uns immer behaupten, sondern eine Institution, von der Arbeiterschaft geschaffen und erhalten, um sich wenigstens vor den allerschlimmsten Auswüchsen kapitalistischer Profitgier schützen zu können. Martha Hoppe.

### Soziales.

**Soziale Rechtsprechung.** Keine Aufrechnung gegen den Lohn und keine Zurückbehaltung davon. In einer Klagesache, die ein Arbeiter wegen Zurückbehaltung seines Lohnes geltend machte, fällt das Gewerbegericht Berlin, Kammer 5, unter dem Vorsitz des Magistrats Wölböck ein Urteil, das den Juristen unbedingt Recht gibt, die den § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches so auslegen, daß er eine Aufrechnung des Lohnes nicht zuläßt. Begründend wurde ausgeführt: „Die Aufrechnung gegen Lohn ist nach § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht zulässig. Weklage ist aber auch nicht berechtigt, ein Zurückbehaltungsrecht auszuüben. Die gegenteilige, früher öfter auf Grund des § 273 des Bürgerlichen Gesetzbuches geäußerte Ansicht ist verfehlt. § 273 gibt ein Zurückbehaltungsrecht durch folgende Vorschrift: „Hat der Schuldner aus demselben rechtlichen Verhältnis, auf dem seine Verpflichtung beruht, einen fälligen Anspruch gegen die Gläubiger, so kann er, sofern nicht aus dem Schuldverhältnis sich ein anderes ergibt, die geschuldete Leistung verweigern, bis die ihm gebührende Leistung bewirkt wird (Zurückbehaltungsrecht)“. Es ergeben die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, der Zivilprozessordnung, des Lohnbeschlagnahmengesetzes und der Gewerbeordnung aber klar, daß der Anspruch auf den unpfändbaren Teil des Lohnes vor jedem Zugriff Dritter besonders geschützt, dem Arbeiter bar ausbezahlt werden soll. Die Ausnahme des § 273 „sofern nicht aus dem Schuldverhältnis sich ein anderes ergibt“ trifft nach dem Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen und nach den Motiven zum Bürgerlichen Gesetzbuch auf den Arbeitsvertrag zu: der unpfändbare Lohnforderung gegenüber ist auch das Zurückbehaltungsrecht ausgeschlossen. Daher war Beklagter zur Zahlung des Lohnes zu verurteilen. Es war auch Kläger auf die Widerklage hin zum Ersatz des durch sein Verschulden abhanden gekommenen Werkzeugs zu verurteilen. Aber eine Aufrechnung gegenüber dem Lohnanspruch steht dem Beklagten nicht zu.“ Der Unternehmer wollte sich für abhanden gekommenes Werkzeug an den Lohn schadlos halten. Damit ist er, wie man sieht, nicht durchgekommen. Auf seine Widerklage ist aber der klagende Arbeiter verurteilt worden, 8 Mk. als Ersatz für das vermifzte Werkzeug zu zahlen.

**Rentenkürzung als Mittel zur Arbeitsgewöhnung!** Das Dresdener Schiedsgericht für Arbeiterversicherung verhandelte in einer Rentensache eines Wirtschaftsbefizers gegen die Land- und Forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft. Der 53jährige Kläger ist am 5. November 1906 beim Herabsteigen einer vom Boden eines Seitengebäudes nach dem Hof führenden Treppe herabgestürzt und hat dabei eine Quetschung des Brustkorbes erlitten und mehrere Rippen gebrochen. Für die Unfallfolgen bezog er nach längerer Krankenhausbehandlung eine Rente von 50 Proz., die kürzlich die Berufsgenossenschaft aber auf 15 Proz. herabsetzte. Maßgebend hierfür war ein ärztliches Gutachten, wonach der Verletzte seine Beschwerden übertrieben haben und schließlich in einen Zustand traumatischer Neurose gekommen sein soll. Infolge Mangels an Arbeit, so sagt der Arzt, beschäftigte sich der Verletzte viel mit seinem Zustande, der auch glatte, zeitweilen ein kranker Mann zu bleiben. Deshalb sei es richtig, durch Kürzung der Rente ihn wieder zum Arbeiten zu zwingen und ihn von seinen irrigen und unnützen Gedanken abzubringen. Die Einbuße der Erwerbsfähigkeit betrage nicht mehr als 15 Proz.

### Bereinsgesetzliches.

Das „liberale“ Reichsbereinsgesetz. Das „liberale“ neue Reichsbereinsgesetz unterstellt in Neuf i. L. die politischen Vereine noch genau so der polizeilichen Ueberwachung wie früher. Eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Neuf i. L. war — trotz Protest — polizeilich überwacht worden, obgleich nur Mitglieder anwesend waren. Also auch äußerlich war die Versammlung eine geschlossene. Auf erhobene Beschwerde entschied das fürstliche Ministerium, daß nach dem neuen Vereinsgesetz die Ueberwachung berechtigt war. Der Verein sei so groß, erstrecke sich über den ganzen Staat, die Erwerbung der Mitgliedschaft sei so leicht gemacht — ebenso der Austritt —, der Wechsel der Mitglieder ebenfalls groß, so daß die Versammlungen nicht als solche eines abgeschlossenen Kreises betrachtet, vielmehr als öffentliche aufgefaßt werden müßten, die auch polizeilich überwacht werden könnten. Die Auslegung des Vereinsgesetzes durch das preussische Ministerium entspricht durchaus dem preussischen Polizeigeist.



Gerichtliches.

§ 153 der Gewerbeordnung. Wie leicht es ist, sich in den Maschen des § 153 zu verfangen, sollte der Stoffdrucker Cerny in Penig kennen lernen. Jener Paragraf ist einmal treffend, wenn auch drastisch als Galgen für diejenigen bezeichnet worden, die dem Rechte des § 152 der Gewerbeordnung (dem Streikbrecherparagrafen) Gebrauch machen. Auch der Vorsichtigtigste ist nicht sicher davor, in ihm hängen zu bleiben, wenn er kein Recht auf Grund desselben ausübt, denn die studierten Richter finden selbst oft nicht die Grenze zwischen der gesetzlich zulässigen Ueberredung und der mit Strafe bedrohten Drohung. Eine solche Drohung sehen die Richter oft da, wo der Angeschuldigte nur eine erlaubte Ueberredung begangen zu haben glaubt. Seltener oder gar nicht dürfte es umgekehrt sein. Die Folge davon ist dann eine Verurteilung dessen, der geglaubt hat, nur erlaubtes getan zu haben. So erging es auch zuguterletzt unserem Cerny. Das Schöffengericht hatte gegen ihn und einen Mitangeklagten auf Freisprechung erkannt, die vierte Strafkammer des Landgerichts Chemnitz als Berufungsinstanz verurteilte ihn aber zu einer Woche Gefängnis. Zwei Instanzen, bei denen gelehrte Richter das Urteil gaben, fielen einander widersprechende Urteile, und vom einfachen Arbeiter wird verlangt, daß er bei seinem Tun immer das Rechte treffe, sonst wandert er in das Gefängnis! Der Sachverhalt war folgender:

In Penig brach im April wegen Lohnreduktion ein Streit der Stoffdrucker aus, durch den die Arbeiter erreichen wollten, daß die 20 Proz. betragende Reduktion auf 10 Proz. beschränkt werde. Die Firma versuchte von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen. Darunter befand sich unter anderem ein junger Mensch aus Böhmen, der beim Magazinverwalter Scholz in Quartier gegeben wurde, der der Firma — Glaser Nachf. — kräftig sekundierte und diese nach Kräften gegen die Streitenden unterstützte. Der junge Mann war Tscheche und der deutschen Sprache nur wenig mächtig. Er hörte Anfang Mai zwei Streitende sich in seiner Mutterprache unterhalten, worüber er sich freute und sich zu diesen gesellte. Im Laufe des Gesprächs bemerkte er, daß er nicht gewußt habe, daß in der Fabrik gestreikt werde, sonst wäre er nicht gekommen, er möchte gern wieder nach Hause, müsse aber noch acht Tage arbeiten, damit er das Reisegeld zusammenbringe. Er möchte nicht als Streikbrecher angesehen werden und sich und seinem Vater nicht die Schande machen. Die beiden Streitenden, die Stoffdrucker Cerny und Riedel, verschafften dem jungen Kollegen das Reisegeld und dieser reiste ab. Zuvor aber hatte man ihn seitens der Firma ausgefragt und ein Protokoll seiner Ausführungen aufgestellt, die später als Grundlage der Anklage gegen Cerny und Riedel wegen Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung dienten. Danach hatten die beiden angeblich den jungen Landsmann bedroht und ihm Verurteilung in Aussicht gestellt für den Fall, daß er weiterarbeiten würde. Auf Grund der Beweisaufnahme wurden aber beide vom Schöffengericht freigesprochen. Dagegen hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, die sie bezüglich R. wieder zurückzog. Nun handelte es sich in der Berufungsinstanz nur noch um Cerny, der entschieden befreit, den jungen Kollegen durch Drohungen zur Abreise bestimmt zu haben; die er selbst fort gewollt und er (C.) habe ihm nur die Mittel zur Abreise mit verschafft. Interessant war die aus den Akten vorgetragene Zeugenaussage des jungen Mannes. Danach stimmte das von der Fabrikleitung aufgenommene Protokoll nicht mit seinen tatsächlich gemachten Äußerungen überein. Insbesondere hatte der junge Mann als Zeuge ausgesagt, daß er freiwillig die Arbeit niederlegt, daß er dazu nicht durch Drohungen Cernys veranlaßt worden sei. Der habe ihn vielmehr darauf aufmerksam gemacht, daß er 14tägige Kündigungsfrist habe, und hinzugesetzt: „Machen Sie was Sie wollen!“ Der oben genannte Magazinverwalter Scholz stützte dagegen, als Zeuge vernommen, die Anklage und stand zu dem Inhalte des Protokolls, das in seiner Gegenwart aufgenommen worden war. Das Berufungsgericht hob das freisprechende Urteil der ersten Instanz auf und verurteilte Cerny wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu einer Woche Gefängnis. In der Urteilsbegründung, die sich auf die Aussage des Scholz und auf das Protokoll stützt, wurde von der Aussage des jungen Tschechen gesagt, daß dieser sich über den Begriff der Bedrohung und Ehrverletzung im unklaren war, die tatsächlich von Cerny angewendet worden sei. Da C. untertraft sei, sei eine Woche Gefängnis als ausreichende Sühne erachtet worden. — Die sehr interessanten Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Gar n i s h, über die Rechte, die die Arbeiter nach § 152 haben, scheinen auf das Gericht gar keinen Eindruck gemacht zu haben.

Berichte aus Fachreisen.

Nachen. In Nummer 35 unserer Zeitung haben wir auch über die Bewegung bei Königsberger ausführlich berichtet — bis dahin, wo das „kleine“ Schiedsgericht dem Abzug zugestimmt und auf Anraten der christlichen Verbandsleitung das „große“ Schiedsgericht angetreten wurde, von dem, nach Sistenich zu urteilen, auch nichts zu erwarten war. Nimmehar hat auch das „große“ Schiedsgericht gesprochen, der Lohnabzug bleibt bestehen. Am Dienstag, den 1. September, wurde in einer Versammlung der Weber von Königsberger, in der vier Vertreter des christlichen Verbandes anwesend waren, von diesen das Resultat der Verhandlung am „großen“ Schiedsgericht mitgeteilt. Wir können es uns ersparen, auf die Urteile des Schiedsgerichts näher einzugehen, und verweisen auf die Nummer 35 des „Textilarbeiter“. Köstlich war es anzusehen, wie die Vertreter des christlichen Verbandes sich in der Belegenschaftsversammlung abmühten, die Weber für die Lohnreduzierung dreizuschlagen und wie sie dabei sich selbst in Gegensatz zueinander brachten. Sistenich, als der älteste und „ehrwürdigste“, nahm das Recht für sich in Anspruch, den Webern weiszumachen, daß diese Lohnreduzierung eine Lohnregulierung sei. Und um seine Getreuen dies glauben zu machen, schimpfte er weidlich auf die Bösen vom Deutschen Textilarbeiterverband.

Also, ein Abzug von 1/2 Pf. pro 1000 Schuß ist nach Sistenich kein Lohnabzug, und wer's noch magt, an dieser Theorie Sistenichs zu zweifeln, ist eben nach demselben Sistenich kein ordentlicher christlicher Gewerkschaftler. Zweifel werden nicht gebildet, nur der Glaube macht selig, und was Sistenich sagt, hält er — so scheint es wenigstens — selbst für ein Stückchen Evangelium.

Da nun Sistenich die Begriffe von Reduzierung und Regulierung so jämmerlich durcheinander warf, so unternahm es einer aus der Belegenschaft, ihm etwas mehr Verständnis für diese Dinge beizubringen, indem er darauf hinwies, daß, wenn an Sistenich eine gleiche Lohnregulierung vorgenommen würde, dieser das vielleicht als eine Reduzierung empfinden würde. Wirklich hielt Sistenich so etwas für eine Reduzierung und zeigte sich nebenher sehr wütend und bissig, daß einer gesagt hatte, solchen Vergleich zu ziehen, der aber notwendig war, um die Unterscheidung Sistenichs zwischen Lohnreduzierung und Lohnregulierung richtig würdigen zu können.

Ein anderes Vorstandsmitglied der „Christen“, auch ein „Führer“, wenn auch zweiter Güte, bezeichnete den Spruch des Schiedsgerichts als eine Härte, als einen sauren Apfel, den man der Belegenschaft zum Anbeißen geboten. Er setzte sich also somit in Gegensatz zu Sistenich und zu den offiziellen Kundgebungen des christlichen Verbandes, die ja, ach so gern, auch heute noch einen vollen Lohnabzug in einen großen „Erfolg“ und „Sieg“ um—währen möchten.

Weber, der bisherige Kartellbeamte der Christen, der demnächst die Arbeiten für zwei zu erledigen hat, da Sistenich und Klütigen das unangenehme Nachen verlassen, besaß wenigstens den Mut, den Lohnabzug nicht zu verschleiern, sondern offen als einen solchen anzuerkennen.

Nach Sistenich ist ein Lohnabzug kein Lohnabzug, nach Weber ist es wohl ein Lohnabzug und nach Sauer ist es zwar kein regelrechter Abzug, wohl aber ein saurer Apfel und eine Härte.

In der Lohnweberei Emil Kahr ist auch eine Lohnbewegung ausgebrochen. Kahr zahlt 1 Pf. pro 1000 Schuß unter dem Lohnweberetarif. Von den 61 Webern und Weberinnen, die sich dort befinden, sind 14 bei uns und 23 bei den Christen organisiert. 24 gehören keiner Organisation an. Auch hier haben sich die „Christen“ wieder einseitig die Leitung der Verhandlungen erzwungen.

Darum, organisieren und agitieren muß die Parole unserer Mitglieder sein, um unsere Reihen zu stärken, mehr Macht und Einfluß zu gewinnen und mit Hilfe dieser Mittel den christlichen Größtentwäch zu brechen. Nicht zufrieden damit dürfen wir uns geben, daß wir wissen, daß so und soviel Hunderte früher christlich organisiert gewesene Arbeiter dieser Organisation den Rücken gekehrt haben, unser Bestreben muß es sein, diese für uns zu gewinnen. Ruft überall den Unorganisierten die flammenden Worte der Internationale entgegen:

Macht auf! Verdammt diese Erde,  
Die stets man noch zum Hungern zwingt,  
Das Recht, wie Blut im Kraterherde,  
Nun mit Gewalt zum Durchbruch bringt!

Augsburg. In drei öffentlichen Versammlungen referierte hier Kollege Schrader-Stuttgart über: „Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Textilarbeiter und die Beschlüsse der Generalversammlung in Leipzig“. Die Versammlungen fanden statt am 20., 29. und 31. August. Die ersten beiden Versammlungen waren etwas besser besucht als die in diesem Jahre vorausgegangen. Die letzte litt unter einer anderen gewerkschaftlichen Veranstaltung im gleichen Lokale. Kollege Schrader zeichnete in allen Versammlungen ein treffendes Bild der kapitalistischen Produktionsweise, welche stoffweise Bilder blendenden Reichtums, dann wieder die ganze Hohlheit der bürgerlichen göttlichen Ordnung an unseren Augen vorüberführte. In großen Zügen gab sodann der Referent einen Beleg nach dem anderen für die Notwendigkeit der auf der Leipziger Generalversammlung beschlossenen Beitragserhöhung um 10 Pf. pro Woche. Des weiteren wurden die Vorteile der Organisation für die Mitglieder gewürdigt, namentlich die beschlossene Arbeitslosenunterstützung. Der Appell des Referenten, mit aller Kraft, gegenseitigem Vertrauen und mit Ausdauer nun für die weitere Ausbreitung der Organisation einzutreten, fand in den Versammlungen freudigen Widerhall. Öffentlich wird das Gesagte auch weit über die Versammlungen hinaus. In der Pfersfelder Versammlung sprach ein Vorarbeiter, der bis jetzt unorganisiert geblieben war, in der Diskussion im Sinne des Referats; er zeigte an Fällen, die er selbst erlebt, den Terrorismus und die schreiende Ungerechtigkeit des Unternehmertums, andererseits aber auch die Denunziationswut verätheriger Elemente unter der Arbeiterschaft, wie sie sich in einem von ihm gekennzeichneten Stückpassierer verkörperte. In der Lehnhäuser Versammlung sprachen nun Mitglieder. Die gute Wirkung des Referats zeigte sich in einigen Aufnahmen. Die Versammlung in Oberhausen war, wenn auch schwächer besucht, doch sehr anregend durch die Diskussion. Der Sekretär des katholischen Arbeitervereins Augsburg, Herr Kling, hatte bei aller seiner sonstigen Redegewandtheit einen schlechten Tag. Durch Kollegen N d i h l i ch herausgefordert, übernahm er es, verschiedene „Unebenheiten“ und „bedauerliche Vorkommnisse, die überall einmal vorkommen“, zu entschuldigen, „soweit daraus ein Wortwurf gegen die Gesamtheit der christlichen Arbeiterbewegung hergeleitet werden sollte“. Auf die gegenwärtige Aussperrung in Schreßheim verweisen, verlangte Herr Kling ein gemeinsames Zusammengehen aller Gewerkschaften, um den gemeinsamen Feind an allen Orten, die Kapitalmacht, mit besserem Erfolg bekämpfen zu können. Der Referent und mehrere Diskussionsredner wiesen darauf hin, daß es nicht an dem Deutschen Textilarbeiterverband lag, wenn die anerkanntswerten Wünsche dieses christlichen Redners noch so wenig erfüllt wurden. Auch in Schreßheim hätte von den Christlichen diese Verständigung betätigt werden können. Trotz dieser Unterlassung hat unser Verband seine Schuldigkeit getan, und sobald als möglich sind unsere Mitglieder zur Arbeitsniederlegung aufgefordert worden. Der Vorwurf: Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes sind in Schreßheim Streikbrecher, ist eine ausgemachte christliche Klunker. Die dortigen Streikbrecher sind unsere Mitglieder nicht, die wenigen, welche es waren, sind ausgeschlossen. Arbeiter, welche ehemals bei den Christlichen organisiert waren, sind gerade neunmal soviel im Betrieb als die von uns konsequent ausgeschlossenen. Der Referent gab Herrn Kling den Rat, das was von dem Vertreter unserer Organisation hier gesagt worden ist, in seinen Kreisen zu verbreiten. Der Schlußappell des Referenten an die Erschienenen, unermüdet dahin zu wirken, daß auch in Augsburg und Umgebung alle verstreuten und offenen Anfeindungen gegen die Organisation niedergedrungen werden, fand lebhaften Beifall. Mögen nun auch bei den kommenden Kleinarbeiten für unseren Verband alle fähigen Kollegen ihren Mann stellen, wenn sie gerufen werden.

M. Glabbach. (Unternehmerpraktiken.) In den letzten Wochen sind in einer Anzahl Betriebe die Arbeiter mit Lohnkürzungen beglückt worden. So ließ die Firma J. Cohn durch Anschlag bekanntmachen, daß sämtliche Artikel fortan um einen halben Pfennig pro 1000 Schuß weniger gelöhnt werden. So sollen auch die Zuschläge für Ketten über 4000 Faden und unter 2er Schuß in Abzug kommen. Die Baumwollspinnerei von Richard Brandts hat eine Reduzierung auf sämtliche Ressorts bis zu 20 Proz. vorgenommen. Mehrere Belegenschaftsversammlungen und Verhandlungen, welche stattgefunden haben, führten zu keinem Resultat, mit dem die Arbeiter zufrieden sein könnten. Deshalb wurden die Organisationsleiter beauftragt, zu versuchen, mit der Firma selbst in Verbindung zu treten, da die Verhandlungen, die bisher mit der Direktion geführt worden waren, ohne Erfolg blieben. Die Firma, die nebenbei eine Weberei besitzt, beabsichtigt auch das Zweistufsystem einzuführen. In einer am Donnerstag, den 27. August, im Lokale Bönnen abgehaltenen Belegenschaftsversammlung lehnten die Weber einstimmig die an sie gestellte Anforderung ab. Auch in dieser Frage sollen in den ersten Tagen Verhandlungen angebahnt werden.

Mit denselben Gedanken wie jene Firma, trägt sich auch die Firma A c h t e r u. S h e l s herum. Des weiteren beabsichtigt die Firma Gebr. A s c h a f f e n b u r g, die Löhne zu reduzieren. Haben die Unternehmer bei der Hochkonjunktur den Profit eingeehmt, wobei für den Arbeiter sehr wenig herausgekommen ist, so kann jetzt der Bruder Arbeiter bei den steigenden Lebensmittelpreisen den Hungerriemen noch enger schnallen. Die Arbeitererschaft, die heute unter der Krise am meisten zu leiden hat, wird begreifen, daß sie bisher von einer gewissen Seite nur geschädigt worden ist, einer Seite, die es vortrefflich versteht, Knechtselzen zu erziehen. Der letzte Katholikentag in Düsseldorf, der auch reichlich beschickt war von Glabbacher Industriellen, hat hierzu den deutlichsten Beweis erbracht. So sagte der Kommerzienrat Müller-Hoberg, Fabrikbesitzer, die Arbeiterschaft müsse ihre Aufgaben in den Schoß von Leuten legen, die es ehlich mit ihnen meinten. Die bestehende Klasse sei es, die ein warmes Herz für die Arbeiter hätte. Obige Lohnreduzierungen beweisen aber das gerade Gegenteil. Die Arbeiterschaft hat deshalb alle Ursache, die Augen aufzuhalten. Tut sie das nicht, kann sie sehr leicht den im Schafspelz einhergehenden Wolf für ein unschuldiges Lamm halten.

Greifath. Auch in unserem Orte macht sich die Krisis recht bemerkbar. Im Monat März wurde in der Aktienweberei von R. S c h w a r z auf Fehlschlag der Lohn um 15 Proz. reduziert. Die Arbeiter stellten die Arbeit ein, und nach einem dreiwöchigen Streik wurde die Arbeit mit vollem Erfolg wieder aufgenommen. Dieses scheint den Herren nicht besonders gefallen zu haben, denn heute, wo der Geschäftsgang als flau zu betrachten ist, lassen sie ihren Groll aus. So wurde vor kurzem sämtlichen Fehlschlagarbeitern gefündigt. Mehrere Arbeiterinnen erhielten ebenfalls die Rün-

bigung. Schon längere Zeit arbeiten die Handweber nur halbe Tage. Mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen müssen wochenlang warten. In der Weberei wird sehr schlechtes Material verarbeitet. Beim Diefern der Stücke sind mehrere Herren und Kontoristen tätig, damit auch nicht der kleinste Fehler durchgehe. Mag der Arbeiter noch so sehr betauern, daß er seine ganze Aufmerksamkeit auf die Arbeit verwandt hat, es nützt ihm nichts, auch das geringste Fehlerchen wird bestraft. Strafen von 1, 2, 3 Mk. sind nicht selten. Die Arbeiter waren früher in dieser Beziehung schon etwas gewohnt, doch seitdem die Firma in eine Aktiengesellschaft umgewandelt ist und die Herren Diepers und Waders mit ins Geschäft gekommen sind, ist es noch viel schlimmer geworden. So viel für heute. Mögen die Arbeiter treu zur Organisation halten und sich ihrer jetzigen Lage auch später erinnern, wenn ihre Zeit gekommen sein wird. Denn: wie du mir, so ich dir.

Kirchberg. Am Sonntag, den 30. August, fand unsere Mitgliederversammlung statt, welche der Tagesordnung angemessen, einen besseren Besuch aufweisen sollte. Kollege D r e s s e l hielt einen Vortrag über „Das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Bemühungen der Unternehmer, dasselbe illusorisch zu machen“. Die gut durchdachten Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall von den Anwesenden aufgenommen. — In der Diskussion schilderte Kollege G o l d b e r g, welche Auffassung die hiesige Polizei vom Koalitionsrecht streitender Arbeiter hat und teilte mit, daß er bereits wegen Verletzung von Arbeitswilligen auf Polizeibureau bestellt wurde; er sollte das Verbrechen begangen haben, höhnisch gelacht und eine Arbeiterin, die als Arbeitswillige fungierte, angesprochen zu haben. Wegen dieser „Delikte“ wurde ihm sogar eine Anklage in Aussicht gestellt, welcher der Kollege ruhig entgegensteht. In der weiteren Verhandlung betonte der Wachmeister noch, daß wir kein Recht hätten, Streikposten zu stehen, und wenn er sich noch eines Vergehens schuldig machte, würde er eingelocht werden. Der Wachmeister denkt vielleicht, daß wir erst seine Genehmigung einholen sollen, wenn wir Streikposten aufstellen wollen; soweit ist es doch noch nicht. Unter Gewerkschaftlichem brachte Kollege B w a h r M i s t r a n d e aus verschiedenen Fabriken zur Sprache. Vor allem ist es die Firma Herrmann u. Rüdiger in Saupersdorf, welche bis heute für die Weber noch nicht die vierzehntägige Lohnzahlung eingeführt hat. Hier erhalten die Weber erst ihren vollen Lohn ausbezahlt, wenn die ganze Kette abgemacht ist. Allerdings wird auch Abschlag bezahlt, wer aber davon keinen Gebrauch macht, kann unter Umständen, wenn eine lange Kette zu verarbeiten ist, 8—9 Wochen auf seinen Lohn warten. Mit einem derartigen Lohnsystem will man offenbar die Arbeiter über den wirklichen Wochenlohn hinwegtäuschen. Ein derartiges Lohnsystem, wo die Arbeiter bei den Geschäftskleuten zu Schuldnern werden, gehört in eine Karitatenanstalt.

Seit fünfzehn Jahren unterhält in der abgebrannten Döhlerischen Fabrik die Firma A. Kuhlmann aus Werda eine Wigonnen-Spinnerei. Diese scheint sich in der Bezahlung der Arbeiter den hiesigen Verhältnissen sehr gut anzupassen, denn es werden hier eben solche niedrige Löhne gezahlt wie in den anderen hiesigen Betrieben. Aber in der Festsetzung der Arbeitszeit und der Bezahlung übertrifft die betreffende Firma oder deren Angestellte die hiesigen Verhältnisse. Von den Arbeiterinnen wird verlangt, daß sie schon um 1/6 Uhr früh an ihren Maschinen stehen, obwohl die Arbeitszeit erst um 6 Uhr beginnt, auch bleiben die Arbeiterinnen Sonnabends oft bis 1/6, ja sogar bis 6 Uhr im Betriebe, hauptsächlich, um die Maschinen zu putzen. Die Arbeit der Arbeiterinnen soll bekanntlich Sonnabends 1/6 Uhr beendet sein. In der Bezahlung der Arbeiterinnen leistet vor allem der Spinnmeister ganz Erstaunliches. Wenn sich bei der Firma einmal Arbeitermangel zeigen sollte, braucht sie sich nicht zu wundern.

Es wurden noch verschiedene Missetände der einzelnen Betriebe zur Sprache gebracht, die wir in einem späteren Artikel berücksichtigen werden. Kollege G ü n t h e r berichtete dann über den Verlauf der Arbeitszeit in der Badstoffsabrik J. Unger, über deren Ursachen bereits in einer vorhergehenden Nummer berichtet wurde. Zwei Arbeitswillige haben sich bis jetzt gefunden, beide heißen Kögler. Der eine, Emil Bruno Kögler, der Mitglied unseres Verbandes war, wurde demzufolge aus der Organisation ausgeschlossen. — Um die alten Arbeiter einigermassen zu ersetzen, müssen die Arbeitswilligen Ueberfunden machen, auch des Sonntags wird gearbeitet, ob mit oder ohne Genehmigung, konnten wir noch nicht in Erfahrung bringen.

Röpenitz. Aus welchem Holz zum größten Teil diejenigen geschnitten sind, welche ehrlichen Arbeitern, wenn sie im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen stehen, hinderlich in den Weg treten, zeigt jetzt mal wieder eine Diebesaffäre, welche bei der Welfirma W. Spindler hier aufgedeckt worden ist. Als vor zwei Jahren die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma wegen Lohnforderungen in den Streik traten, waren auch die drei als Arbeitswillige zu verzeichnen, welche am Sonnabend, den 29., und Sonntag, den 30. August, wegen Diebstahls verhaftet wurden. Es spukt schon lange bei der Firma und wurden auch schon Arbeiterinnen dabei gefaßt, daß sie sich bessere Kleidung als die ihrige war, von der Firma aneigneten. In den meisten Fällen wurde von einer Anzeige abgesehen. Warum? Am Sonnabend, den 29. August, wurde wieder ein früherer Arbeitswilliger dabei gefaßt, als er Kupferrohre und Messingventile mitnehmen wollte, und verhaftet. Auf der Polizei gab er seiner Verwunderung darüber in folgenden Worten Ausdruck: „Wegen das bißchen nimmt man mich fest, geht man bei J., der hat mehr.“

Dieser J. hat, trotzdem er verheiratet ist, auch noch eine Braut, die auch bei der Firma beschäftigt ist; alle beide haben sich vor zwei Jahren während des Streiks lieb Kind gemacht. Sie hatten es ja auch nicht nötig, mehr Lohn zu fordern, sie haben sich selbst genommen, was sie brauchten. Bei der Hausführung am Sonntag, den 30. August, fand die Polizei drei große Versandkörbe voll Sachen, natürlich nicht die schlechtesten, unter anderem eine wertvolle Pelzjacke, welche schon vor 1 1/2 Jahren verschwunden ist. Als vor zwei Jahren die Arbeiter im Kampfe unterliegen mußten, weil zu viel Arbeitswillige vorhanden waren, da warf die Firma, im Besitze der Macht, alle die in der Organisation an der Spitze stehenden ehrlichen Arbeiter, trotzdem sie schon 15, 20 bis 25 Jahre ihre Schuldigkeit getan hatten, hinaus. Als vor dem Streik der Vorstehende der Filiale — Mitglied des Arbeiterausschusses — alles versucht hatte, die Wogen zu glätten, dieses aber an dem Eigensinn der Unternehmer scheiterte, wollte man denselben durch einen Meister wie einen Dieb von der Fabrik abführen lassen, welches nur durch den energischen Protest unseres Kollegen und das Schamgefühl des Meisters verhindert wurde. Die Firma hat ja aus ihren Arbeitern so große Reichtümer herausgeholt, daß sie den materiellen Schaden, der ihr durch solche Spießbübereien entsteht, leicht verschmerzen kann, aber ein gutes Licht wirft das doch auf eine Welfirma nicht. Deshalb hat wohl auch die Tagespresse von den Vorfällen nur in wenigen Worten bis jetzt Notiz genommen.

Neumünster. (Erwiderung.) In Nr. 35 unseres Fachorgans befindet sich in Versammlungsbericht eine Stelle, die sich gegen meine Person richtet und Bezug nimmt auf den Boykott über die Fabrikate der Fahrrenkruger Brotfabrik. Es wird gesagt, ich suchte mit allerlei Klänken den Boykott illusorisch zu machen, ferner, daß ich und ein früheres Mitglied des Hilfsarbeiterverbandes den Leuten die Produkte der Fahrrenkruger Brotfabrik aufzuhalfen suchten, indem wir vorgäben, der Boykott sei aufgehoben und die Differenzen seien beigelegt. Dann heißt es, nachdem zwei Verbandskollegen entlassen, seien die Wäder in den Streik getreten. Da wir uns jetzt mit dem am 19. Juni in Neumünster verhängten Boykott abzufinden haben, erkläre ich den angegebenen Streik als erfunden, denn ich bin in der Lage, beweisen zu können, daß die Wäder, welche am 1. April 1908 dort gearbeitet haben, am 20. Juni so wie heute noch in Arbeit stehen, mit Ausnahme der am 30. Mai entlassenen zwei Mann. Ebenfalls wird mir bis heute kein einziger Fall nachzuweisen sein, wo ich irgend versucht habe, den Leuten Fahrrenkruger Brot aufzuhalfen, wie behauptet wird, denn



ich verkaufe meine meiste Ware in Bürgerkreisen und wohne in einem Stadtteil, wo ich vorwiegend mit Beamtenhändlern zu rechnen habe, mithin es nicht meine Schuld sein kann, wenn der Verkauf nicht trifft und die Ware von der Beschaffenheit ist, daß man dieselbe ohne, wie gesagt, sie den Leuten aufzuhalsen, loswerden kann. Weiter auf die Angelegenheit einzugehen, erübrigt sich, da die nächste Mitgliederversammlung sich mit der Sache zu befassen hat.

Heinrich Landsknecht, Christianstraße 59.

Oberfröna-Limbach. Ein geradezu standalöser Fall von Unternehmerrubritalität, welcher sich bei einer Handschuhfirma in Oberfröna ereignete, nötigt uns, der Öffentlichkeit zu zeigen, wie es in Zeiten des schlechtesten Geschäftsganges mit der vielgepriesenen „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit aussieht. Eine im sechs-zehnten Lebensjahr stehende Arbeiterin war mit Einsetzen von Druckknöpfen in die Handschuhe bei jener Firma beschäftigt gewesen. Hierbei beging dieselbe einen Fehler, welcher nach verschiedenen Aussagen nur geringfügiger Natur sein soll. Sie verlegte nämlich an etlichen Handschuhen die Knöpfe um einige Millimeter. Nach eingezogenen Erkundigungen sollen die Handschuhe dadurch durch-aus nicht unbrauchbar geworden sein. Wer da nun vielleicht glaubt, daß die Arbeiterin hierfür mit einem Verweis oder mit einer geringen Strafe davongekommen sei, der irrt sich. Sie erhielt zunächst von der Ehefrau des Geschäftsinhabers, neben einer tüchtigen Portion Schimpfworte, mehrere kräftige Ohrfeigen, so daß man, wie man uns berichtet, die Abbrüde sämtlicher Finger im Gesicht sah. Der Herr Chef, welcher diesen Vorfall von draußen durch einen Glaserschlag beobachtet hatte, kam nach dieser Szene herein, und frug, was los sei. Dieser „gebildete“ Herr stellte nun nicht etwa seine schlagfertige Frau Gemahlin ob dieser unbedeutend-würdigen Handlungsweise zur Rede, sondern setzte der Brutal-tätät dadurch noch die Krone auf, daß er selbst das Mädchen auch noch ohrfeigte, wobei er einige hübsche Rosenamen anwandte, wie: „Sie Saunenisch, Wisfmenisch, Wisflüder“ usw., und das Mädchen obendrein noch ohne Kündigung hinauswarf. Schreiber dieses frug das Mädchen eindringlich, ob sie etwa durch ungebührliches Benehmen den Arbeitgeber und dessen Ehefrau gereizt habe — was allerdings eine derartige rohe Behandlung noch lange nicht rechtfertigen würde. Das Mädchen und dessen Vater, der eine starke Familie zu ernähren und infolgedessen ohnehin schon Sorgen genug hat, verneint dies ganz entschieden. Das Mädchen erklärte viel-mehr, daß sie überhaupt nichts gesagt habe. Dieser Vorfall wird wohl noch ein gerichtliches Nachspiel haben, und wollen wir hoffen, daß dort diesen beiden schlagfertigen Herrschaften begreiflich ge-macht wird, daß Arbeiter auch Menschen und keine Hunde sind. (Wir wollen bemerken, daß unser Berichterstatter den Namen des als so schlagfertig geschilderten Unternehmerspaars im Bericht an-gab. Wir haben ihn, da wir von hier aus nicht nachprüfen können, ob die Angaben richtig sind, leider streichen müssen. Es wäre gut, wenn unsere Berichterstatter sich in solchen Fällen, wo sie so schwer-wiegende Beschuldigungen erheben, sich die Richtigkeit ihrer An-gaben durch Augenzeugen schriftlich bestätigen ließen. Nur wenn uns eine solche Bestätigung vorliegt, können wir Namen nennen. Die Redaktion.)

Das hiesige Arbeitertum scheint überhaupt jetzt der Arbeiter-schaft recht klar zum Bewußtsein bringen zu wollen, daß es „Herr im Hause“ ist. Es scheint, als wollte man jetzt Rache an den Arbeitern dafür üben, daß diese es während des überaus floiten Geschäftsganges im vorigen Jahre gewagt haben, zu ver-langen, daß sie ebenfalls einen Teil von dem Riesengewinn, welcher durch die von ihnen verfertigten Waren erzielt worden ist, erhalten. Der Handschuhfabrikant Karl Richter in Limbach kürzte einem Handschuhzschneider in drei Raten den Lohn um 10 Mark pro Woche. Bei der letzten Rate wurde es dem Arbeiter zu dumm, weshalb er dagegen Einspruch erhob. Der Arbeitgeber erklärte ihm darauf lakonisch: „Wenn Sie dafür nicht arbeiten wollen, mache ich meinen Betrieb zu!“ — und der Arbeiter war arbeitslos. Herr Stadtrat Scherf in Limbach läßt verschiedene Handschuh-zschneider 3 Wochen aussetzen. Wir wissen zwar ganz gut, daß der Geschäftsgang gegenwärtig ein überaus schlechter ist. Das mußte aber Herr Scherf auch schon vor 14 Tagen. Er konnte also, wenn er nicht genug Beschäftigung hat, den Leuten ordnungsmäßig kündigen, damit sie sich beizeiten um andere Arbeit hätten bemühen können, wenn er ihnen die Zeit des Aussetzens nicht vergüteten wollte. Bei der Firma Max Müller in Kändler, mit welcher wir uns erst kürzlich in unliebbarer Weise beschäftigen mußten, wurden einem Arbeiter bei Lösung des Arbeitsverhältnisses 16,35 Mark für einen Fehler in der Ware, welche schon vor zirka 8 bis 9 Wochen geliefert worden ist, ohne daß sich der Arbeitgeber damals Schadenersatzanspruch vorbehalten hat, vom Lohn abgezogen, so daß der Arbeiter mit 5,36 Mk. nach Hause geschickt wurde. Die Firma Wieland in Limbach, welche, nebenbei bemerkt, recht fleißig mit dem hiesigen Gewerbeschiedsgericht Bekanntschaft macht, hat eine recht nette Lohnverkürzungsmethode eingeführt. Sie verkürzt die Arbeitszeit, gleichzeitig aber auch den Lohn, um dann nach vier-zehn Tagen, weil die Arbeit drängt, die Arbeitszeit wieder zu verlängern, ohne aber den alten Lohn wieder zu zahlen. So ist es nun schon einige Male gemacht worden — zum Schaden der Arbeiter. — Wir könnten noch eine ganze Menge ähnliche Fälle anführen, wollen uns aber für heute hiermit begnügen. Wenn aber die Arbeiterschaft, durch derartige Vorgänge zur Empörung getrieben, zwecks Abwehr einmal zu Mitteln greift, die dem Arbeit-gebertum nicht passen, dann soll man uns nicht kommen, und sagen, wie es die bürgerliche Presse so gerne zu tun beliebt: „Dieser Kampf ist frivol vom Zaun gebrochen.“ — Den Arbeitern aber rufen wir immer wieder zu: Organisiert Euch gewerkschaftlich wie politisch. Unterstützt auch Eure Arbeiterpresse, die „Volksstimme“, welche jeberzeit die Interessen der Arbeiterschaft energisch wahr, und welche vom Arbeitertum geführt ist. Nur dadurch könnt Ihr Eure wirtschaftliche Lage verbessern; nicht aber, wenn Ihr in Eurer Laune hinter und keine Versammlung besucht.

Böhen. Am 29. August sind wieder fast 200 Textilarbeiter und Arbeiterinnen durch den Konkurs der Firma Böth u. Söhne arbeitslos geworden. Das ist nun seit kurzem schon die dritte Fabrik, die der schlechten Geschäftslage zum Opfer gefallen ist. Und traurig genug sieht es mit der Arbeitslosigkeit auch in den anderen Betrieben aus; sind es doch jetzt kaum noch drei, wo voll gearbeitet wird. Das führt aber nicht etwa zur Verkürzung der Arbeitszeit, in einigen Betrieben sind die Arbeiterinnen genötigt, die Frühstücks- und Vesperpausen durchzuarbeiten. Die Orts-verwaltung sah sich deshalb genötigt, wieder einen Fabrikanten zur Anzeige zu bringen. Lange Jahre hindurch ist in den Böhen der Textilarbeiter die gesetzliche Arbeitszeit für die Arbeiterinnen nicht eingehalten worden. In letzter Zeit ist es damit besser ge-worden. Wir werden nun alles daran setzen, daß die jetzige Ar-beitszeit nur nicht erhöht, sondern möglichst noch weiter verkürzt wird. Unsere Pflicht ist es aber, schon jetzt alles darauf vor-zubereiten, damit wir nicht erst wieder jahrelang die Werbe-trummel für unsere Bestrebungen zu schlagen brauchen, sondern bei Eintritt der besseren Konjunktur gerüstet dastehen und unsere Forderungen mit aller Energie vertreten können. Darum, Kol-legen und Kolleginnen, laßt Euch durch die Beitragserhöhung nach dem 1. Oktober nicht mutlos machen, denn denjenigen, die dann arbeitslos sind, wird die Arbeitslosenunterstützung eine erwünschte Hilfe sein, und was heute dem einen passiert, kann schon morgen jedem anderen auch passieren. Darum fest und treu zusammen-schließen! Bei gutem Willen läßt sich, auch wenn die Zeiten schlecht sind, dieser Groschen noch aufbringen. Und auch diejenigen, die jetzt durch persönliche Klatscherei den Verband schädigen, werden hoffentlich wieder zur Vernunft kommen und nicht dasjenige Mittel, das schon Tausenden von Arbeiterinnen und Arbeitern bessere Lebens- und Existenzbedingungen geschaffen hat, unwirksam machen.

Berichtigung.

In dem Artikel: „Streiflichter auf unsere Handelspolitik“ in der letzten Nummer, Seite 1, Spalte 3, Zeile 9, muß es heißen: „Wirkwaren“ statt Wollwaren. Seite 2, Spalte 2, Zeile 2 von unten muß es heißen: „Baumwollpreis“ statt Baumpreis.

Briefkasten.

S. Limbach. Ich trage als Einnahme nur ein, was ich wirklich bekomme. Die Post hat mir nur 39,95 Mk. ausgezahlt. Es gehen von jeder Sendung 5 Pf. Bestellgeld ab. Gruß P. W.

Bekanntmachungen. Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsschnitt anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Das-selbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmte muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Ueber 20 Gramm schwere Inland-briefe müssen mit 20 Pf. frankiert werden.

Ortsverwaltungen.

Auerbach i. S. Da zum 1. Oktober die Beitragserhöhung ein-tritt und andere Marken ausgegeben werden, ersuchen wir die Mit-glieder, ihre Quittungsbücher in Ordnung zu bringen und die restierenden Beiträge zu begleichen. Die Bücher sind auch den Unterkassierern zwecks Kontrolle auf Verlangen vorzulegen.

Augsburg. Das Mitglied Reinhard Dießner, Buch-Nr. 295 765, geboren 15. Juli 1880, eingetreten am 12. August 1906 in Löbau, ist von Augsburg abgereist, nachdem er sich verschiedene ihm nicht gehörige Sachen angeeignet hat. Bei seinem Auftauchen bitten wir Nachricht hierher gelangen zu lassen.

Gilenburg. Die Mitgliedsbücher werden Ende September zwecks Kontrolle und Abstempelung eingezogen; man wolle sie bis dahin in Ordnung bringen, da zum 1. Oktober andere Marken ein-geführt werden.

Krankenunterstützung wird nur Sonntags vormittags von 9-11 Uhr ausgezahlt. Der Beginn der Krankheit ist beim Kassierer Ernst Richter, Dammstr. 1, binnen 48 Stunden anzu-melden, da vom Tage der Meldung an gerechnet wird. An Kinder wird keine Unterstützung gezahlt. Reiseunterstützung wird nicht gezahlt. Ernst Richter, Kassierer.

Forst. Unser Bureau, Leipziger Straße 8, ist geöffnet vor-mittags von 9-1 Uhr, nachmittags von 4-7 Uhr. Mittwochs nachmittags und Sonntags geschlossen. In dringenden Fällen kann man uns unter Nr. 761 anrufen.

Gleichzeitig machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß am 1. Oktober neue Marken ausgegeben werden; um eine gute Kontrolle zu haben, werden am 1. Oktober die Bücher bezirksweise eingezogen.

Göppingen. Bis 1. Oktober werden die Mitgliedsbücher zwecks Kontrolle eingezogen; bis dahin müssen sämtliche Mitglieder mit den Beiträgen auf dem Laufenden sein, weil mit der 40. Beitrags-woche die Beitragserhöhung in Kraft tritt.

Das Geschäftszimmer befindet sich Untere Grabenstr. 7, vis-a-vis dem „Postelgarten“ und ist vormittags von 9-1 Uhr, nachmittags von 3-7 Uhr geöffnet. Sonntags den ganzen Tag ge-schlossen. Ludwig Kappeler, Geschäftsführer.

Nechingen. Reiseunterstützung wird hier nicht mehr gezahlt. Limbach i. Sa. Das Mitgliedsbuch auf den Namen Karl Albin Stein aus Wittelsfröna lautend, Stamm-Nr. 369 889, ist abhanden gekommen. Es wird ersucht, bei etwaigem Auftauchen dasselbe einzuziehen und an die Geschäftsstelle der Filiale Limbach i. Sa., Oststr. 14 II, unverzüglich einzusenden. Gustav Sittig.

Schneeberg. Vorsitzender ist jetzt Max Kirchs, Grund-strasse, Kassierer: Richard Neef, Scheunensstraße. Unterstützung wird nur mittags von 12-1 Uhr ausgezahlt.

Die Mitglieder werden ersucht, im Laufe dieses Monats die Bücher in Ordnung zu bringen, da ab 1. Oktober andere Marken geklebt und die Bücher eingezogen werden. Der Vorstand.

Verbau. Achtung, reisende Kollegen! Um den reisenden Kollegen unnötige Wege zu ersparen, teilen wir mit, daß wir von jetzt an kein Lokalgeschenk mehr geben. Die Verwaltung.

Wunsiedel. Die Mitglieder werden ersucht, zwecks Kontrolle ihre Quittungsbücher bereitzuhalten.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

- Barmen. August Fuchs, Bandwirker, 54 Jahre alt — Gehirn-entzündung.
Forst i. L. Wilhelm Duff, 46 Jahre alt — Herzleiden;
Wilhelm Koinzer, 39 Jahre alt — Lungenentzündung.
Gemelingen. Johann Kaker, 46 Jahre alt — Lungenleiden.
Kottbus. Johannes Lobedan, 53 Jahre alt — Unfall.
Kürnb. Kaspar Saueracker, 40 Jahre alt — Un-glücksfall.
Spremberg. Am 25. August Karl Oberschmidt, 33 Jahre alt — Nieren- und Lungenleiden.
Begehr. Am 30. August Franz Gonschiar, 34 Jahre alt — Lungenkatarrh.

Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

(Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden, finden keine Aufnahme mehr.)
In Bewegung ohne Streit befinden sich:
Seidenstoffweber in: Moers (Schroder u. Co.).
Posamentierer in: Danemari.

Versammlungskalender.

- Nachen. Sonntag, 13. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Frankenberger Bierkeller“.
Apolda. Sonnabend, 19. September, im Gewerkschaftshaus „Vor-wärts“.
Augsburg. Sonnabend (Samstag), 19. September, im „Wittels-bacher Hof“, Jesuitengasse.
Berga. Sonnabend, 19. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Zollhaus“.
Berlin. Zentralzählstelle: Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Mansche, Blumenstr. 38: Zähltag.
Berlin. Bezirk Osten. Zählstelle: Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Rittwisch, Stralauer Allee 20a: Zähltag.

- Berlin. Zählstelle: Rüdersdorferstr. 18, bei Wittner.
Berlin. (Sektion der Posamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6-9 Uhr bei Die, Alte Jakobstr. 119: Zähltag. — Mittwoch, 16. September, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Saal 3.
Berlin. (Sektion der Dekateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Wollmann, Alte Jakobstrasse 68: Zähltag.
Berlin. (Sektion Weizensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Leberstrasse: Zähltag.
Berlin. (Sektion der Schiffchen- und Handsticker.) Jeden Sonn-abend, abends von 7 bis 9 Uhr, bei Mopler, Landsberger-strasse 115: Zähltag.
Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitagabend von 8-10 Uhr bei Engel, Seydelstr. 30: Zähltag.
Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei B. Stadomjad, Marchstr. 23: Zähltag.
Berlin. (Für Moabit.) Zählstelle: Goltzowstr. 24, bei Reil.
Berlin. (Sektion Rixdorf.) Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Göppner, Zietenstr. 81: Zähltag.
Bernau. Sonnabend, 19. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Saugen-haus“.
Blumenau. Sonnabend, 19. September, abends 8 Uhr, bei Weier, Am Bahnhof.
Bunzlau. Sonnabend, 19. September, in der „Fichte“.
Eilenburg. Freitag, 18. September, im Gewerkschaftshaus „Tivoli“.
Elberfeld. Sonnabend (Samstag), 19. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.
Finsterwalde. Sonnabend, 19. September.
Frankenberg. Sonnabend, 19. September, abends 9 Uhr, im „Stadtpart“.
Freiberg. Sonnabend, 19. September, abends 8 1/2 Uhr, in der „Union“: Zähltag.
Freiburg i. Br. Sonnabend, 19. September.
Fürstentum. Sonntag, 20. September, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Thomas, Windmühlenstrasse 17.
Jüßen. Jeden Sonntagvormittag 10 Uhr, im „Lamm“: Zähltag.
Gehweiler. (Einzelmittglieder.) Montag, 21. September.
Glauchau. Sonnabend, 19. September, abends 9 Uhr, in der „Zentrallhalle“.
Herford. Sonntag, 20. September, abends 6 1/2 Uhr, bei Fuhrmann, Göttenstrasse.
Ludenswalde. Sonnabend, 19. September, abends 8 Uhr, bei Karl Gerhardt, Beelitzer Straße 34.
Lunzenau. Sonntag, 13. September, nachmittags 4 Uhr, in „Stadt Altenburg“.
Mörsingen. Sonnabend (Samstag), 19. September, abends 8 1/2 Uhr.
Mühlhausen i. Th. Sonnabend, 19. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Thüringer Hof“.
Neudamm. Mittwoch, 16. September, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“.
Neumünster. Sonnabend, 19. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysum“.
Niederhainweide. Jeden Sonnabend von nachmittags 5 Uhr an bei Otto Neumann, Grünauer Straße 5: Zähltag.
Pulsnitz. Sonnabend, 19. September, abends 8 Uhr, im „Ober-hof“, Ohorn: Vortrag.
Pöthen. Freitag, 18. September, im „Rittergarten“.
Reichenau. Donnerstag, 17. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Simon.
Wittgensdorf. Sonntag, 13. September, nachmittags 4 Uhr, im „Bergschlößchen“.
Wunsiedel. Sonnabend (Samstag), 19. September, abends 8 Uhr, bei Kleemeier.
Zeitz. Sonnabend, 19. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Felsen-teller“, Fabrikstrasse.

ANZEIGEN
(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Für Auswanderungslustige!
Eine Baumwoll-Wollweberei in Süd-Brasilien, in deutscher Sprachgegend mit gesundem Klima und günstigen Lebensbedingungen, sucht einige tüchtige Weber (Familien und auch alleinlebende junge Leute). Nähere Bedingungen unter H. P. 4925 durch Rudolf Mosse, Hamburg.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau unserer guten Tochter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante,
Frau Anna Storr, geb. Schmaler
insbesondere die Arbeiterinnen und Seherinnen der Firma Franz Schmidt am Grabe unserer teuren Entschlafenen meinen tiefgefühltesten Dank. Der trauernde Gatte
Karl Storr nebst Angehörige.
Berlin-Kummelsburg.

Filiale Barmen und Umgegend.
Wir suchen zum 1. Oktober 1908 einen mit allen Fragen des gewerkschaftlichen Lebens vertrauten, rednerisch befähigten
Dritten Geschäftsführer.
Anfangsgehalt 1800 Mark.
Kollegen, welche auf diese Stelle reflektieren, werden ersucht, ihre Offerte mit kurzer Abhandlung über die Tätigkeit eines Geschäfts-führers bis zum 18. September 1908 an den Kollegen Josef Vogt, Barmen, Siegelstr. 3, einzureichen. Die Kommission.

Bade daheim!
Sie können sich und Ihrer Familie keine größere Wohltat erweisen, als ein öfteres Baden. Meine Banne, System Brandes, ist unerreicht wasserparend für Kinder und Erwachsene. Bis 175 cm Körpergröße Nr. 23, — Ia Qualität, 15000 im Gebrauch, tausende Anerkennungen. Fracht, Verpackung gratis. Garantie Zurücknahme. Prospekte auch über billigere, sowie Sitz und Wäschewannen zc. frei. Es genügt eine Postkarte an
Otto Bunde, Leuben h. Dresden.
Redaktionschluss für die nächste Nummer Montag, den 14. September.
Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die Redaktion: Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.